



# ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 1/2016

10. Jahrgang

ISSN 1869-1684

# Zukunft & Sicherheit

STRATEGISCHE VORAUSSCHAU  
**Noch ein Neuland**

STRATEGISCHER RÜCKSCHRITT  
**Ende der globalen Gewaltbewältigung?**

TRENNUNGSGEBOT  
**Am Ende?**

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

»Zukunft ist gut für alle!« Mit dieser einfachen wie bestechenden Botschaft erheiterte zu Beginn des neuen Millenniums der fiktive CDU-Abgeordnete Dr. Udo Brömme das deutsche Fernsehpublikum. Doch jenseits derartiger Satire schauen die Deutschen traditionell angeblich eher skeptisch in die Zukunft. So ist im englischen Sprachraum die sprichwörtliche »German Angst« schon länger ein etablierter analytischer Zugriff auf deutsche Befindlichkeiten. Und auch Bundespräsident Joachim Gauck konstatierte wenige Tage vor seiner Wahl gegenüber dem *SPIEGEL*, dass die eigentliche Leitkultur der Deutschen ausgerechnet die Zukunftsangst sei.

Für diese Ausgabe des *ADLAS* haben wir daher unsere Autorinnen und Autoren gebeten, gemeinsam mit uns über die Verflechtungen von »Zukunft« und »Sicherheit« nachzudenken. Dabei wird deutlich: Die Deutschen mögen sich, mehr als andere, vor der Zukunft fürchten, tun jedoch viel weniger, um sich konzeptionell darauf vorzubereiten. So steckt etwa die »Strategische Vorausschau« – also die systematische Befassung mit möglichen Zukunftsszenarien – hierzulande weiterhin in den Kinderschuhen. Doch es tut sich was.

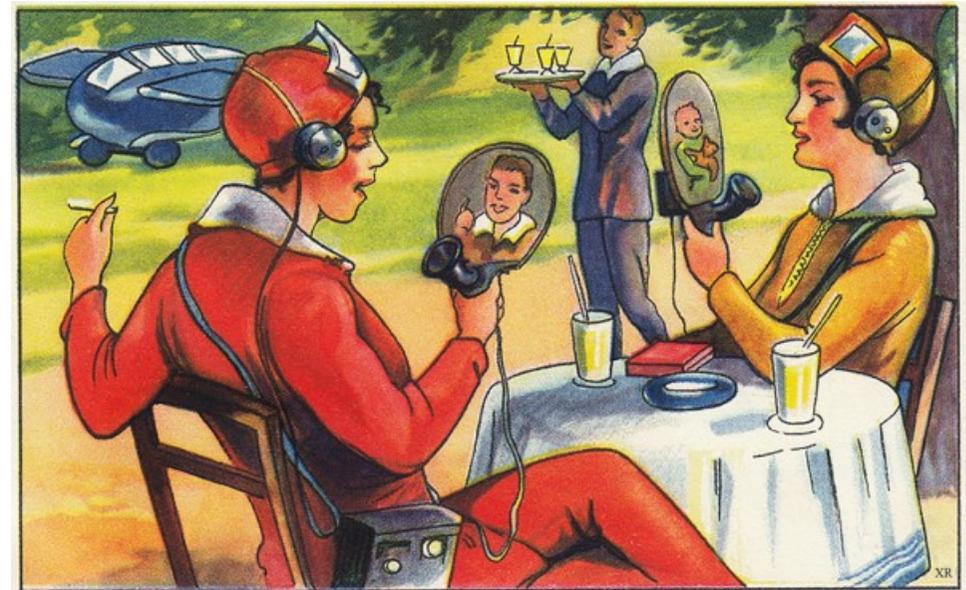
Wie schwierig der Umgang mit vermeintlich prophetischen Blicken in die Zukunft sein kann, zeigt allerdings unsere Rückschau auf einflussreiche Zukunftsvisionen der Vergangenheit: Denn was ist heute eigentlich noch übrig vom »Kampf der Kulturen« oder dem »Ende der Geschichte«?

Von der Geschichte weitgehend unbeeindruckt schreitet indessen die technologische Weiterentwicklung ungebremst voran – auch und gerade in sicherheitsrelevanten Arenen. Sie entzieht sich dabei oft genug effektiver gesetzlicher Regelung und Kontrolle. Hier werden derzeit oft Fakten geschaffen und damit Entwicklungen angestoßen, die sich gegebenenfalls später nur noch schwer wieder einfangen lassen werden. Am Ende ist eines sicher: Sich nicht mit der Zukunft zu beschäftigen ist keine Option für dieselbe.

Das *ADLAS*-Team wünscht eine anregende Lektüre!

# »Jetzt sind die guten alten Zeiten, nach denen wir uns in zehn Jahren zurücksehnen.«

Sir Peter Ustinov



Obwohl das Bild wie ein auf Retro getrimmtes Artwork wirkt, das eine Szene aus dem Bionade-Biedermeier des 21. Jahrhunderts wieder geben könnte, zeigt es eine Zukunftsvision aus den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Foto: ... future women of leisure! (AGAIN) / James Vaughan / flickr / CC BY-NC-SA 2.0

# INHALT

## SCHWERPUNKT: ZUKUNFT & SICHERHEIT

- 5 STRATEGISCHE VORAUSSCHAU I: **Zukunftsrobustheit und Unsicherheitsmanagement**  
Das Instrument der Strategischen Vorausschau könnte einen Paradigmenwechsel in der Fähigkeitsentwicklung einleiten.
- 10 STRATEGISCHE VORAUSSCHAU II: **Es gibt keine Glaskugel**  
Von Roten Teams und Schwarzen Schwänen – Interview mit dem Foresight-Beauftragten an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Norbert Reez.
- 14 ALGORITHM AND BLUES I: **Von Big Data zu Big Impact?**  
Wie die Digitalisierung die internationale Sicherheitspolitik verändert.
- 17 ALGORITHM AND BLUES II: **Von Schlapphüten und Wetterfröschen**  
Nur Scharlatane und Ideologen behaupten, die Zukunft hundertprozentig vorhersagen zu können. Nachrichtendienste arbeiten indes daran, ihre Vorhersagen peu à peu zu verbessern.
- 20 DROHNENSCHWÄRME: **Höher, schneller, .... mehr?**  
Während man hierzulande noch die Diskussion über den Einsatz von relativ simplen UAS führt, wird die nächste Generation bereits entwickelt.
- 24 STRATEGISCHER RÜCKSCHRITT: **Plädoyer für eine globale Gewaltbewältigung**  
Das sich nach 1989 entwickelnde Programm einer »globalen Sicherheit« ist in die Krise geraten. Dabei gibt es weiterhin genug Gründe es wieder zu beleben.
- 29 LIBERALE STAGNATION: **Was bleibt vom Ende der Geschichte?**  
Fukuyamas Ende der Geschichte scheint bestätigt: es mangelt uns an alternativen Ideen zu unserer marktwirtschaftlichen Gesellschaft.
- 34 REVISION DER VISION: **»Kampf der Kulturen«: Prophezeiung erfüllt**  
Vor 20 Jahren begründete Samuel P. Huntington seine Theorie des »Kampfes der Kulturen«. Heute stellt sich die Frage, ob seine Voraussage richtig war.



Foto: Project of an orbital colony Stanford torus, Donald E. Davis, NASA / Public Domain

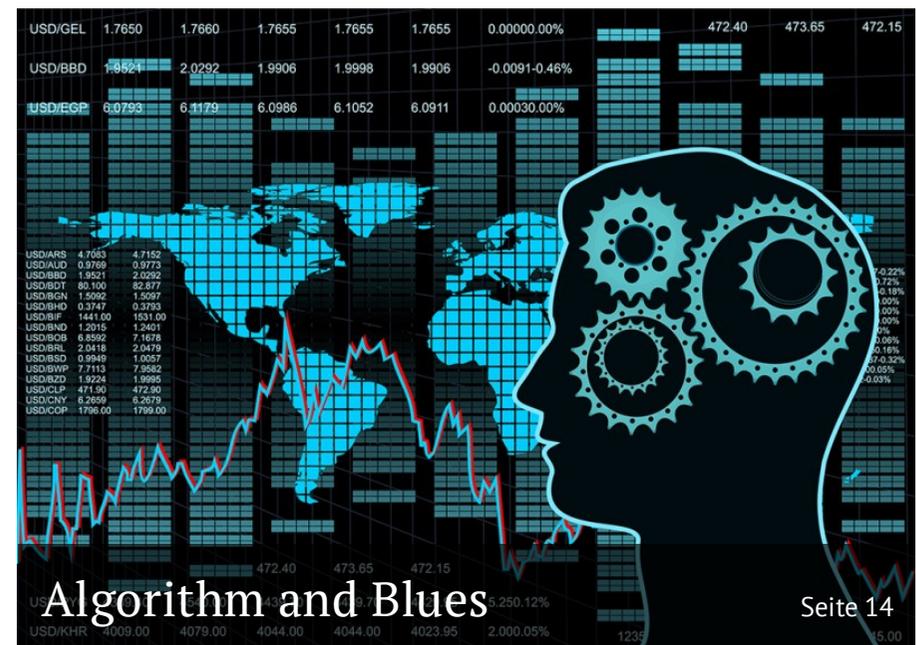


Foto: KamPhuc / flickr, CC BY 2.0

## INHALT

### DEUTSCHLAND UND DIE WELT

- 37 USA: **Yes, We Kant!**  
Die Tradition des Demokratischen Friedens in der U.S.-amerikanischen Außenpolitik von Woodrow Wilson bis Barack Obama
- 42 IRAN: **Global Zero im Iran**  
Mit dem Nukleardeal kommt der Iran seinen Zielen der regionalen Hegemonie und Sicherheit einen deutlichen Schritt näher.
- 46 DEUTSCHLAND: **Getrennt marschieren – vereint schlagen?**  
Deutschlands Sicherheitsarchitektur ist dringend reformbedürftig – steht das Trennungsgebot im Weg?

- 2 EDITORIAL  
3 INHALT  
50 IMPRESSUM UND AUSBLICK

#### **BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,**

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

#### **Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:**

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

**Am Ende eines jeden Beitrags** finden Sie die Text-Endzeichen **•••**.

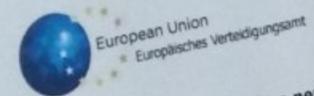
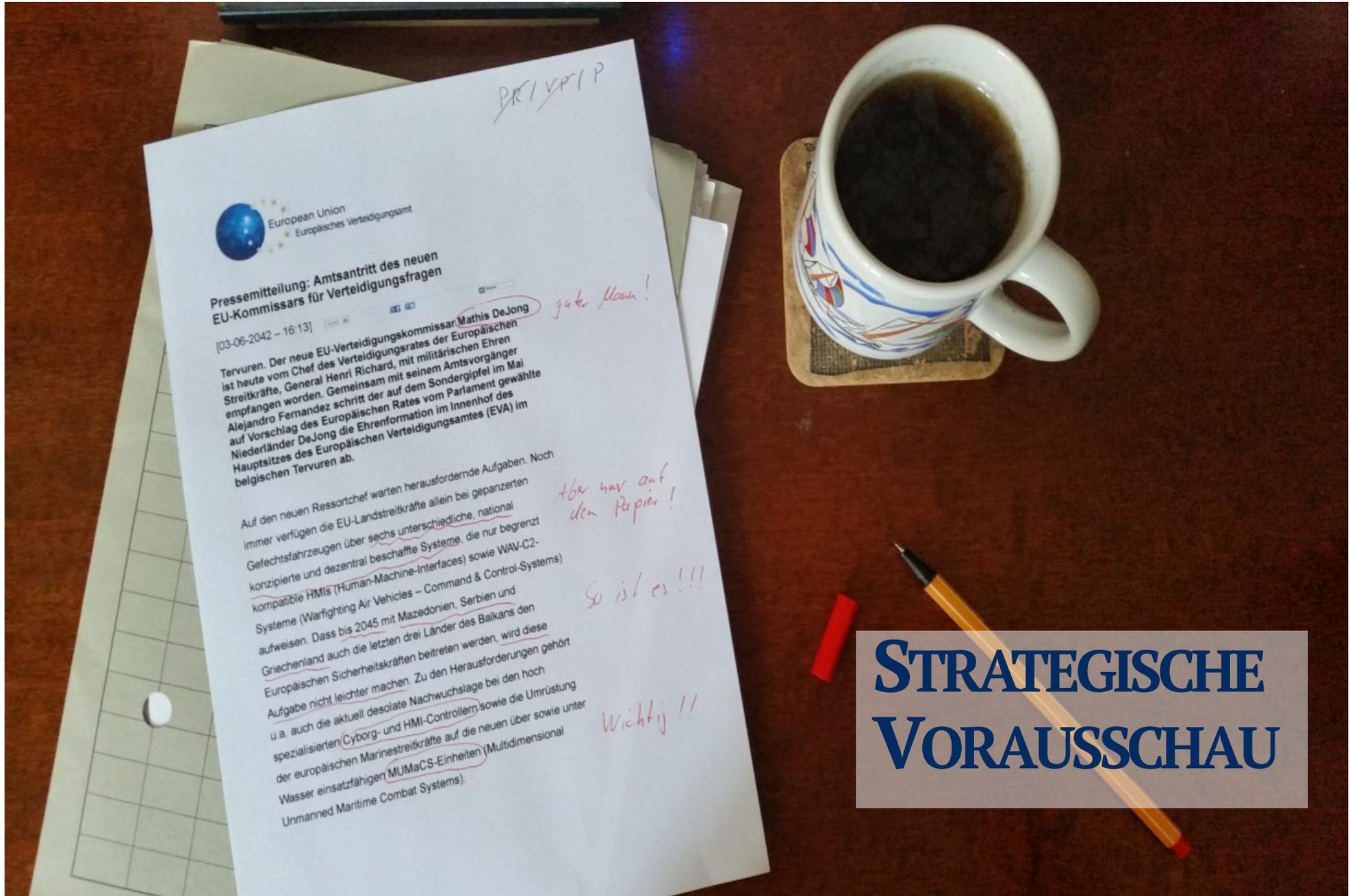
Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!



Fotos: Unknown-san / Wikipedia / Public Domain & Rob Smith / flickr / CC BY-NC 2.0



Seite 42



Pressemitteilung: Amtsantritt des neuen EU-Kommissars für Verteidigungsfragen

[03-06-2042 – 16:13]

Tervuren. Der neue EU-Verteidigungskommissar Mathis DeJong ist heute vom Chef des Verteidigungsrates der Europäischen Streitkräfte, General Henri Richard, mit militärischen Ehren empfangen worden. Gemeinsam mit seinem Amtsvorgänger Alejandro Fernandez schritt der auf dem Sondergipfel im Mai auf Vorschlag des Europäischen Rates vom Parlament gewählte Niederländer DeJong die Ehreninformation im Innenhof des Hauptsitzes des Europäischen Verteidigungsamtes (EVA) im belgischen Tervuren ab.

Auf den neuen Ressortchef warten herausfordernde Aufgaben. Noch immer verfügen die EU-Landstreitkräfte allein bei gepanzerten Gefechtsfahrzeugen über sechs unterschiedliche, national konzipierte und dezentral beschaffte Systeme, die nur begrenzt kompatible HMIs (Human-Machine-Interfaces) sowie WAV-C2-Systeme (Warfighting Air Vehicles – Command & Control-Systems) aufweisen. Dass bis 2045 mit Mazedonien, Serbien und Griechenland auch die letzten drei Länder des Balkans den Europäischen Sicherheitskräften beitreten werden, wird diese Aufgabe nicht leichter machen. Zu den Herausforderungen gehört u.a. auch die aktuell desolate Nachwuchslage bei den hoch spezialisierten Cyborg- und HMI-Controllern sowie die Umrüstung der europäischen Marinestreitkräfte auf die neuen über sowie unter Wasser einsatzfähigen MUMaCS-Einheiten (Multidimensional Unmanned Maritime Combat Systems).

PRIVATIP

guter Mann!

Aber nur auf dem Papier!

So ist es!!!

Wichtig!!!

**STRATEGISCHE  
VORAUSSCHAU**



# ZUKUNFTSROBUSTHEIT UND UNSICHERHEITSMANAGEMENT

VON DR. OLAF THEILER

»Zeiten ändern dich«, so ein zeitgenössischer deutscher Aphoristiker. Doch was werden sie in uns ändern? Was wird weiterhin Bestand haben? Werden im Jahr 2042 immer noch Entscheidungen von Internetausdruckern mit bunten Stiften in Umlaufmappen getroffen? Wird es ein Ende nationaler Alleingänge bei der Verteidigungspolitik geben, das somit den Weg für eine europäische Streitkräfteführung ebnet? Wir können die Zukunft nicht wissen, aber wir können mit Hilfe strategischer Vorausschau eine Zukunftsrobustheit anstreben.

**Das Jahr 2014** hat in Deutschlands sicherheitspolitischer Community ein kleines Erdbeben ausgelöst, da die Bundesrepublik geradezu beispielhaft gleich von drei »unbekannten Unbekannten« strategisch überrascht wurde: der Ukraine-Krise, den IS-Eroberungen in Syrien und Irak sowie der Ebola-Epidemie in Afrika. Obwohl seit der Wiedervereinigung immer wieder Debatten über eine »Normalisierung« deutscher Außen- und Sicherheitspolitik oder Deutschlands gewachsene »Verantwortung« auf der internationalen Bühne aufkamen, hat die Bundesrepublik ihre Rolle noch nicht wirklich gefunden. Bisher hatte die deutsche

## STRATEGISCHE VORAUSSCHAU I

Politik langfristiges sicherheitspolitisches und strategisches Denken ganz in der Tradition des Kalten Krieges überwiegend den Partnern und Verbündeten in der NATO überlassen. Eigenes Handeln wurde dagegen eher von taktisch-politischen Überlegungen und dem Grundgedanken der Bündnissolidarität geprägt. Doch die Kette einschneidender Ereignisse scheint seit einigen Jahren nicht mehr abzureißen. Eine Rückkehr in die bequeme »Gemütlichkeit« eigener Machtlosigkeit ist vor die-

# Die deutsche Politik überlässt in der Tradition des Kalten Krieges das strategische Denken den Partnern und Verbündeten.

sem Hintergrund keine wirkliche Option mehr, denn »almost every think tank report will tell you that today's world is not binary, static, or predictable«, wie Craig Cohen und Melissa Dalton im CSIS Global Forecast 2016 schreiben. Somit wird die Notwendigkeit zum langfristigen Vorausdenken komplexer politischer und sicherheitspolitischer Herausforderungen deutlich – auf die weder Deutschland noch sein institutioneller Apparat ausreichend vorbereitet sind. Diese Lücke schließen zu helfen ist ausdrücklicher Anspruch der Strategischen Vorausschau.

Weder Europa noch Deutschland kann »so etwas wie ein stiller Garten inmitten des universellen Durcheinanders« bleiben, wie Ende 2015 in der *ZEIT* zu lesen war. Kurzfristige Ratlosigkeit muss deshalb durch langfristige Strategien ersetzt werden, wie der Zukunftsforscher Horst Opaschowski schreibt: »Durchwursteln ist keine Strategie, der Eindruck der Unplanbarkeit von politischem Handeln täuscht«.

Richtig und systematisch betrieben, können die Methoden der Strategischen Vorausschau wertvolle Beiträge zur langfristigen und nachhaltigen Strategiebildung leisten.

Eine solche Vorausschau ist in erster Linie ein Prozess zur systematischen und langfristigen Beschäftigung mit möglichen zukünftigen Entwicklungen. Zentrales Element dieses Prozesses sind die an wissenschaftlichen Standards ausgerichteten Methoden der Zukunftsanalyse – insbesondere die

Ansätze der Trend- und der Szenarioanalyse. Diese bilden das Instrument, mit dem langfristige Entscheidungsgrundlagen für eine wirklich zukunfts-fähige und vorausschauende Politik erarbeitet werden. Im Gegensatz zur reinen Zukunftsforschung ist die Strategische Vorausschau strikt handlungsorientiert – das heißt, sie ist unmittelbar an den konkreten langfristigen Entscheidungsbedürfnissen der Politik ausgerichtet. Häufig geht es dabei auch um das »Unwissenheitsmanagement« – also den Umgang mit dem, was der damalige US-Verteidigungsminister Rumsfeld 2002 als »known unknowns« bezeichnete. Für die »bekannten Unbekannten«, bietet die Strategische Vorausschau einen Ansatz zur Erarbeitung bisher nicht berücksichtigter Perspektiven im Sinne einer strategischen Vorbereitung auf die Frage »Was wäre wenn...?«.

Dies erklärt vielleicht auch die aktuell große Nachfrage nach diesem oder vergleichbaren Instrumenten zum Umgang mit sogenannten strategi-

schen Überraschungen in unterschiedlichsten Bereichen der Politik, die mehr als je zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges mit dem Phänomen der »Dynaxität« zu kämpfen haben. Strategische Vorausschau nähert sich diesen politischen Ungewissheiten mit Hilfe von »gedanklichem Probehandeln«

### Zukunftsforschung

Zukunftsforschung wird nach Rolf Kraibich allgemein definiert als »die wissenschaftliche Befassung mit wahrscheinlichen, möglichen und wünschbaren Zukunftsentwicklungen (Zukünften) und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart«.



Foto: United States Department of Defense / Public Domain

### Kleine Know-ologie nach Donald Rumsfeld

»... as we know, there are known knowns; there are things that we know that we know. We also know there are known unknowns; that is to say we know there are some things we do not know. But there are also unknown unknowns, the ones we don't know we don't know«, so Rumsfeld im Februar 2002 in einem [News Briefing](#) des Pentagons.

## STRATEGISCHE VORAUSSCHAU I

hinsichtlich dreier Kernfragen: Was kann passieren? Wo wollen wir hin? Was können wir beziehungsweise wie können wir es tun?

In dieser ausdrücklichen Abkehr von Prognosen, Vorhersagen (»Forecast«) oder simplen »Wenn-Dann«-Implikationseinschätzungen unterscheidet sich der Ansatz sowohl von älteren Konzepten der Zukunftsforschung als auch von klassischen Methoden der Politikberatung. Stattdessen wird hier auf Basis der vom Auftraggeber mit einzubringenden Fachexpertise ein methodisch fundierter Prozess angeboten, sich auf zukünftige Entwicklungen mit ihren Chancen und Herausforderungen gedanklich vorzubereiten (»Foresight«). Das erklärte Ziel ist es, so Opaschowski, »negativ formuliert – [zu] verhindern, dass Menschen und Gesellschaften von Veränderungen überrumpelt werden und – positiv formuliert – [zu] helfen, dass Menschen und Gesellschaften selbst zum Motor von Veränderungen werden« können.

In der Strategischen Vorausschau werden zunächst Trends im Sinne begründeter Richtungsausagen identifiziert und in die Zukunft fortgeschrieben. Neben möglichen Trendentwicklungen und ihren Folgen geht es dabei vor allem darum, sogenannte Trendbrüche zu berücksichtigen und aus dem Gesamtbild einen schlüssigen Zukunftsraum zu entwickeln. Dieser wird zudem durch Szenarioanalysen methodisch erschlossen, aus denen multiple alternative Vorstellungen von Zukunft, sogenannte »Zukunftsbilder« entstehen. Diese werden als Narrative entwickelt und gewinnen mit Formulierungen wie dem eingangs zitierten fiktiven Presetexten ein plastisches Profil.

Sie sollen dem Leser die »Zukunftsbilder« vom »Übermorgen« möglichst plastisch und greifbar machen, denn von den so entstehenden »Zukunftsbildern« ausgehend, kann dann der Blick zurück aufs »Morgen« gelenkt werden. Auf diese Weise können aus den erkennbaren Entwicklungspfaden

(»Backcasting«) oder identifizierbaren Indikatoren (»Monitoring«) Erkenntnisse für strategisches und langfristiges Handeln im »Heute« abgeleitet werden.

Strategische Vorausschau kann also idealerweise wertvolle Hinweise für mögliche Zukunftsentwicklungen liefern, die wichtigsten Indikatoren, An- und Vorzeichen für das rechtzeitige Erkennen der Entscheidungspunkte auf dem Weg zu diesen Entwicklungen identifizieren und konkrete Handlungsoptionen anbieten, um schon vorab so gut wie möglich vorbereitet zu sein. Diese Fähigkeit, sich in der Ge-

## Strategische Vorausschau liefert die Fähigkeit auf mehrere Zukunftsoptionen vorbereitet zu sein.

genwart bereits so flexibel aufzustellen, dass man für mehrere mögliche Zukunftsoptionen vorbereitet ist, wird in Fachkreisen »Zukunftsrobustheit« genannt. Die eingangs zitierte fiktive Pressemeldung illustriert ein mögliches »Zukunftsbild«, wie es im Rahmen eines Projektes der Strategischen Vorausschau neben verschiedenen anderen Bildern möglicher Zukünfte stehen würde. Diese werden systematisch und wissenschaftlich nachvollziehbar aus klar zu definierenden Schlüsselfaktoren entwickelt. Vielleicht wäre eine dieser Welten ein zersplittertes, schwaches Europa und die andere eine zwar wirtschaftlich erfolgreiche, jedoch politisch und militärisch praktisch unbedeutende Europäische Gemeinschaft.

Um der Grundidee der »Zukunftsrobustheit« gerecht werden zu können, müssten daher Politikansätze von diesen Zukunftsbildern abgeleitet werden, die dem handelnden Akteur erlauben, in jeder der

hier umrissenen Zukünfte weiterhin erfolgreich agieren zu können.

Bleiben wir bei den aufgeführten Beispielen und nehmen an, dass der Auftraggeber der Studie ein nationales Verteidigungsministerium ist, dann würde eine zentrale Empfehlung der Studie lauten, zukünftig im Schwerpunkt mit anderen europäischen Staaten kompatible Rüstungstechnik zu erwerben, um entweder erstens eigenständig national handlungsfähig zu bleiben – was in den beiden eben nur kurz erwähnten Zukunftsbildern die logische Konsequenz wäre oder sich zweitens problemlos in eine

verstärkte Kooperation mit europäischen Partnern in kurzfristigen ad-hoc-Koalitionen einzulassen – wie es im zweiten Kurzbeispiel zumindest vorstellbar wäre; oder aber sich drittens ohne größere technische Umrüstung in eine größere und einheitlichere Europäische Armee einzufügen – wie es sich aus dem einleitend illustrierten Zukunftsbild einer Europäischen Armee ableiten würde.

### Dynaxität

Der Begriff der Dynaxität wurde durch Prof. Dr. Michael Kastner vom Institut für Arbeitspsychologie und Arbeitsmedizin eingeführt und kombiniert die Begriffe Dynamik und Komplexität. Er umschreibt eine zu beobachtende Steigerung der Anzahl, Vielfalt und Vernetzung von Entwicklungen sowie deren Geschwindigkeit der Zustandsveränderung, die das menschliche intellektuelle Potential tendenziell zu überfordern drohe.

## STRATEGISCHE VORAUSSCHAU I

Natürlich sind die sich aus derartigen Studien ergebenden Schlussfolgerungen abhängig von der Fragestellung, den einzubeziehenden Parametern und den sich daraus ergebenden Schlüsselfaktoren. Es sollte jedoch bereits bei dieser zwangsläufig sehr kursorischen Beschreibung klar geworden sein, dass Strategische Vorausschau der Politik helfen kann, »die heute anstehenden Entscheidungen auf eine rationalere Basis zu stellen und dergestalt abzusichern, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt nicht zu bereuen sein werden«, wie es Alfred Voß formuliert Sie kann Zukunftspotenziale sichtbar machen und Zukunftsorientierung leisten, sodass eine flexibel aufgestellte und dennoch verlässliche, langfristig orientierte Politik formuliert werden kann, die dann das Prädikat »zukunftsrobust« verdient.

Im Kalten Krieg richtete sich die Bundeswehrplanung nach den Fähigkeiten des wahrscheinlichsten Gegners und nach der Sicherheitsstrategie der NATO. Nach der Wiedervereinigung wurde die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung schrittweise durch die Herausforderungen des Krisenmanagements ergänzt, erst rein europäisch, später auch im zunehmend globalen Maßstab. Lange ging man davon aus, dass wer für die Landesverteidigung gerüstet sei, auch die notwendigen Fähigkeiten für die Krisenbewältigung habe.

Spätestens die Herausforderungen des sukzessive erweiterten Afghanistaneinsatzes zwangen nach 2003 zum Umdenken und zur Erkenntnis, dass die deutschen Streitkräfte dafür großteils nicht hinreichend ausgestattet waren. Unter der Maßgabe des »Einsatzbedingten Sofortbedarfs« wurde die Bundeswehrausrüstung systematisch auf die neuen Aufgaben umgestellt. Angesichts eines jahrelangen Schrumpfungsprozesses im Verteidigungshaushalt hieß es nun, dass die weniger wahrscheinliche Bedrohung durch einen externen Feind nicht mehr die Rüstungsbeschaffung leiten könne. Stattdessen sollte die wahrscheinlichste Herausforderung die

Ausrüstungsschwerpunkte der Bundeswehr bestimmen, also die Krisenintervention mit der Kernforderung nach leichten und hochbeweglichen Kräften. Doch die Ukraine-Krise von 2014 ließ plötzlich das alte Schreckgespenst der kollektiven Verteidigung wieder auferstehen. Auf einmal war die Bundeswehr wieder zu leicht gerüstet, hatte zu wenig Kampfpanzer und keine ausreichende Panzerabwehr oder Luftverteidigung.

Allerdings hat kein europäischer Staat mehr ausreichend Mittel für die Beschaffung der richtigen Ausrüstung um beide Arten der militärischen Herausforderungen zugleich meistern zu können. Also gilt es Prioritäten zu setzen, doch welche? Wie soll man sich als Bundeswehr auf die neue Unübersichtlichkeit ausrichten, welcher Streitkräftemix ist der richtige für eine ungewisse Zukunft? In so einer Situation kann das Festlegen auf die »wahrscheinlichste« Bedrohung verhängnisvoll sein, insbesondere wenn sich ein Umsteuern angesichts langjähriger Beschaffungsprozesse eher erst in Jahrzehnten denn in Jahren auswirken kann.

Hier bietet die Strategische Vorausschau ein alternatives Vorgehen: Statt nach Wahrscheinlichkeiten schaut dieser Ansatz nach Möglichkeiten, und statt Festlegung strebt er Flexibilität an. Anstelle des Strebens nach dem Optimum für eine spezifische Form der Bedrohung bietet die Strategische Vorausschau die Suche nach dem Minimum für eine ganze Auswahl an möglichen Zukünften. Wenn dann noch das ausreichende Maß an Ausrüstung und Konzepten für ein flexibles kurzfristiges Nachsteuern im Rahmen realistischer Frühwarnzeiten hinzukommt, kann man von einer zukunftsrobusten Bundeswehr sprechen. Damit könnte die Strategische Vorausschau einen Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einleiten. Das Ergebnis könnten – und sollten – adaptive Streitkräfte sein, die auch in Zeiten des raschen Wandels der Politik stets ausreichend fle-

xible Streitkräfte zur Seite stellt, um trotz aller Ungewissheiten das notwendige Maß an sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Nichts anderes bedeutet der Anspruch, eine zukunftsfähige Bundeswehr zu schaffen – und die Strategische Vorausschau bietet den aktuell vielversprechendsten Ansatz für dieses ehrgeizige Ziel. •••

Dr. Olaf Theiler leitet das Referat Zukunftsanalyse im Planungsamt der Bundeswehr in Berlin. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

Eine ausführlichere Version dieses Textes ist erschienen als Olaf Theiler (2015): *Angebot an die Entscheider: Strategische Vorausschau als Instrument der Politikberatung*, in: Uwe Hartmann und Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2015 - Neue Denkwege angesichts der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Krisen, Konflikte und Kriege* (Berlin: Miles-Verlag), S.78-90.

### Quellen und Links:

*SWP-Studie Nr. 20-zu Strategic Foresight, November 2015.*

*»Global Forecast« für 2016, Centers for Strategic and International Studies, November 2015*

*Kurzbeitrag über den Nutzen wissenschaftlicher Zukunftsforschung, Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 31 vom Juli 2015, S.40-45.*

*Studie über »Government Foresight in Deutschland«, Stiftung Neue Verantwortung, April 2013.*

*Presseartikel »Die Zeiten ändern uns!« in der ZEIT Nr.50 vom 10. Dezember 2015, Seite.2.*



# ES GIBT KEINE GLASKUGEL

INTERVIEW MIT NORBERT REEZ, REFERENT UND FORESIGHT-BEAUFTRAGTER AN DER BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK

Auch die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) widmet sich inzwischen dem Thema strategische Vorausschau. *ADLAS* sprach hierzu mit dem Foresight-Beauftragten der BAKS, Dr. Norbert Reez, über Rote Teams, Schwarze Schwäne und seine persönliche Zukunftsprognose für das Jahr 2020.

**Herr Reez, welche deutschen Behörden betreiben eigentlich strategische Vorausschau?**

Diese Frage lässt sich zurzeit meines Erachtens nicht zufriedenstellend beantworten. Denn was ist überhaupt »Strategische Vorausschau«? Und was ist mit »Behörde« gemeint? Nur Bundesbehörden und dort nur die Ministerien, oder auch Ober-, Mittel- und Unterbehörden? Es wäre in der Tat eine interessante Forschungsfrage einmal herauszufinden, welche Behörden im weitesten Sinne auf Bundes- und Landesebene Methoden der strategischen Vorausschau systematisch einsetzen. Es sind aber einige. Der aktuell beste Überblick hierzu – auch im Vergleich zum Ausland – ergibt sich bis heute aus den Projektunterlagen des Projekts »Government Foresight« der »Stiftung neue Verantwortung« aus dem Jahr 2013.

## STRATEGISCHE VORAUSSCHAU II

### Hat das aus ihrer Sicht eher experimentellen Charakter oder gibt es schon so etwas wie einen routinisierten Dauerbetrieb?

Wie sich auch aus den erwähnten Projektunterlagen ergibt, zählt Deutschland nicht zu den Vorreitern in Sachen »Strategische Vorausschau«. Führend sind hier Großbritannien, Finnland, aber auch Singapur und die Vereinigten Staaten. Die Bundesregierung hat sich aber zum Ziel gesetzt, die Kompetenzen und Kapazitäten der strategischen Vorausschau in den Ministerien zu stärken. Daher sind augenblicklich eine ganze Reihe von Foresight-Aktivitäten im Gange: Seit 2014 existiert das behörden- und ressortübergreifende Netzwerk »Strategische Vorausschau in der Praxis (SVP)«, das einmal im Jahr einen Konferenz- und Werkstatt-Tag veranstaltet. Ferner gibt es Methodenseminare für Führungskräfte der Bundesministerien an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Von »routinisiertem Dauerbetrieb« zu sprechen ist problematisch, da es beim Einsatz von Methoden der strategischen Vorausschau gerade nicht um eine Art »Erkenntnisproduktion am Fließband« geht. Es gibt die Glaskugel nicht - wir wissen nicht, was kommt. Die gedankliche Auseinandersetzung mit schon heute feststellbaren Trends, möglichen Szenarien und denkbaren »Zukünften« hingegen verschafft uns so etwas wie Orientierungswissen. Es geht also um Früherkennung und vorausschauendes strategisches Handeln. Das ist immer ein Stück weit experimentell.

### In der Berichterstattung über behördliche Strategische Foresight in den USA liest man immer wieder von sogenannten »Red Teams«. Was hat es damit auf sich?

In der Tat sind »Red Teams« in den USA sehr weit verbreitet. Das »Red Team« ist gewissermaßen eine

Einheit bestehend aus Querdenkern, die behördliche Planungen auf mögliche Fehler, Denkfallen, kognitive Filter oder falsche Annahmen hin untersuchen. Das Team bedient sich dabei Methoden und Techniken der strategischen Vorausschau. Oft spricht man im US-Kontext in diesem Zusammenhang auch von »Intelligence Analysis«. Nachhaltig gewirkt hat in dieser Hinsicht auf dem amerikanischen Markt das Buch mit dem Titel »Structured Analytic Techniques for Intelligence Analysis« von Richard J. Heuer Jr. und Randolph H. Pherson, die diesen Ansatz proklamiert haben.

### Wie muss man sich Produkte einer Foresight-Abteilung vorstellen? An wen richten sie sich?

Foresight-Produkte sind so unterschiedlich, wie die Methodik oder Methodenkombination, die man anwendet. Es kann sich also um eine einseitige Vorlage handeln oder eine schlichte Grafik, auf der sich beispielsweise eine Roadmap befindet, etwa über die Einführung selbstfahrender Autos. Das Ergebnis eines Foresight-Prozesses kann ein mündlicher Vortrag sein oder ein voluminöser Forschungsbericht, etwa zu den gesellschaftlichen Folgen der Cyborgisierung.

Immer sind Foresight-Produkte Resultate eines strukturierten Kommunikationsprozesses zu einem bestimmten Thema, die sich unmittelbar an Entscheidungsträger richten. Im privaten Bereich ist dies unter der Überschrift »Strategisches Management« und »Frühaufklärung« sehr weitgehend beschrieben worden. Dort – im so genannten »Corporate Foresight« - gibt es auch spezialisierte Foresight-Abteilungen, die sich proaktiv um die strategische Positionierung eines Unternehmens kümmern.

Im öffentlichen Bereich fehlt es weitgehend an vergleichbaren Strukturen. In den verschiedenen Bundesressorts existieren zum Teil Organisationsein-

### Buchtipps »Structured Analytic Techniques for Intelligence Analysis«

Autoren: Richard J. Heuer Jr. & Randolph H. Pherson

Verlag: CQPress, Washington D.C. Erscheinungsdatum: 2014 (2010)

386 Seiten

ISBN: 978-1608710188

Preis: 50-60 USD

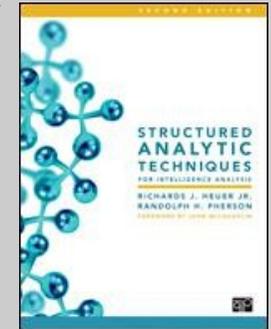


Foto: Colin Smith / CC BY-SA 2.0

### Schwarzer Schwan

Als »Black Swan« werden überraschend eintretende Ereignisse mit großer Wirkung bezeichnet, welche nicht vorhergesehen wurden und daher nicht verhindert werden konnten. Kennzeichnend für diese »Schwarzen Schwäne« ist allerdings auch, dass sie im Rückblick durchaus vorhersehbar gewesen wären, wenn man etwa vorliegende Informationen anders verarbeitet oder Denk- und Analyseprozesse anders strukturiert hätte. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 oder der Mauerfall des Jahres 1989 sind solche »Black Swans« der Weltgeschichte.

## STRATEGISCHE VORAUSSCHAU II

heiten, die sich mit Trend-, Zukunfts- oder Risikoanalyse und Früherkennung befassen. Ziel des oben erwähnten Netzwerks »Strategische Vorausschau in der Praxis« ist es unter anderem, diese unterschiedlichen Akteure im öffentlichen Bereich ressortübergreifend zu vernetzen.

### **Welche Chancen haben die betreffenden Autoren, im umfassenden politischen Prozess dann auch gehört zu werden?**

Die Frage nach den Chancen der Wirksamkeit von Foresight-Produkten ist vollends berechtigt. Sie berührt einen wunden Punkt der ganzen Diskussion: Wie gelingt es, die Ergebnisse aus Foresight-Prozessen möglichst authentisch an die Entscheidungsträger heranzutragen? Die Chancen, dass die Erkenntnisse gehört werden, lassen sich meines Erachtens in zweierlei Hinsicht erhöhen. Einmal müssen Foresight-Experten ihre abstrakten Ergebnisse in konkrete, praxisbezogene Handlungsempfehlungen übersetzen. Wir sprechen von angewandter »Strategiearbeit«; sie ist Teil eines jeden Foresight-Prozesses.

Zum Zweiten muss das Interesse für Foresight-Arbeit auf Seiten der Entscheidungsträger wachsen. In der Praxis ist der tagtägliche Problem-, Entscheidungs- und Erledigungsdruck in den Behörden so hoch, dass man vielfach noch »auf Sicht fährt«. Allerdings reicht diese Art der Entscheidungsfindung, die Wissenschaftler als »adhocracy« oder »short-termism« beschrieben haben, bei den derzeitigen hochkomplexen globalen und lokalen Problemlagen nicht mehr aus. Hier muss ein Resonanzboden für strategisches Denken und Handeln entstehen; es braucht eine neue Strategiekultur.

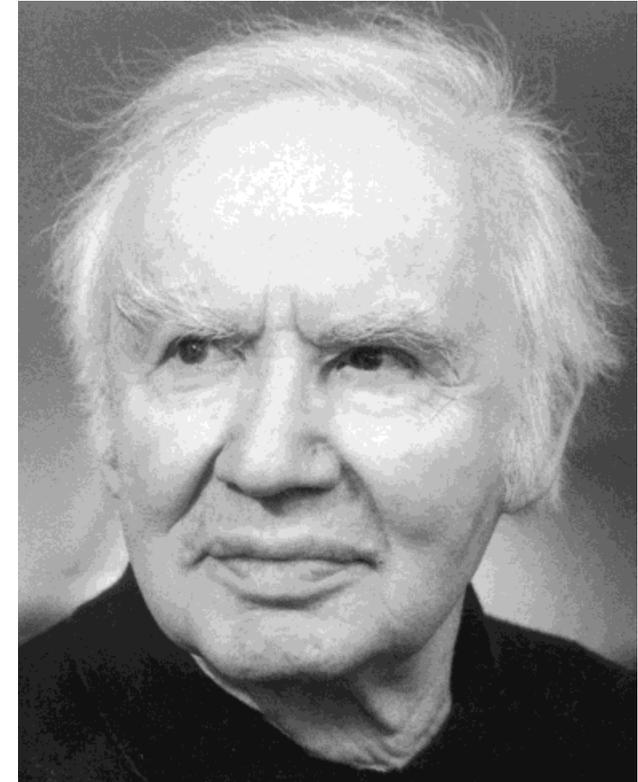
### **Wenn diese Vorausschau andernorts schon existiert: Gibt es ein plastisches Beispiel für einen vorgedachten Eventualfall, der dann tatsächlich**

### **eintrat und in dem dank der strategischen Vorausschau das staatliche Handeln begünstigt wurde?**

Im »Corporate Foresight« gibt es viele dokumentierte Fälle erfolgreicher Antizipation. Am bekanntesten ist das Beispiel des Ölkonzerns Shell. Anders als seine Mitkonkurrenten konnte das Unternehmen die Ölkrise in der 70er Jahren gut überstehen, da er sich als einer der ersten systematisch mit Vorausschau befasst hatte. Auf staatlicher Seite, dem »Government Foresight«, ist vor allem das TAB – das »Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag« – zu nennen. Es existiert seit 25 Jahren. Das TAB repräsentiert heute die älteste und ehrwürdigste Foresight-Einrichtung in der Bundesrepublik. In zahlreichen Fällen hat es im Rahmen seiner Politikberatung auf Risiken und Gefahren technischer Entwicklungen hingewiesen und den Anstoß für eine notwendige Regulierung und Gesetzgebung gegeben.

### **Anders als bei den Naturwissenschaften unter Laborbedingungen ist die wissenschaftliche Analyse von sozialen Prozessen, Strukturen und Problemen grundsätzlich von Kontingenz geprägt. Ließe sich der ganzen »Branche« angesichts solcher strategischen »Überraschungen« wie Mauerfall, 11. September und Arabellion nicht auch entgegenhalten, dass die Zukunft eigentlich gar kein Feld sinnvoller wissenschaftlicher Analyse sein kann? Wie geht die Branche damit um?**

Das ist richtig. Und doch gibt es in der unternehmerischen Praxis und muss es so etwas geben wie »Contingency Planning«: Vorsorge für den Notfall und Vorbereitet-sein für eine Krisensituation. In diesem Sinne gibt es auch eine Notwendigkeit für ein »Scenario Planning«. Angesichts der Dynamiken



**Robert Jungk**

Robert Jungk, geboren 1914 in Berlin und 1994 in Salzburg verstorben, war Journalist, Publizist und wichtiger Vertreter der Friedensbewegung. Als einer der maßgeblichen Väter der »Zukunftswerkstätten« strebte Jungk an, Planungen für die Zukunft aus den Händen von Eliten und Experten in die Hände der letztlich Betroffenen zu überführen. In seinen »Werkstätten« sollen Menschen, unabhängig von Alter, Kompetenz, Status oder Bildungsgrad, in drei Kernphasen strukturiert über künftige Entwicklungen nachdenken und diese schließlich auch praktisch ausplanen. 1986 wurde Jungk für seine Arbeiten mit dem Alternativen Nobelpreis geehrt. Weitere Informationen: <http://www.zwnetz.de/>

## STRATEGISCHE VORAUSSCHAU II

des sozialen Wandels und der Hyperkomplexität neuer Technologien kommt es darauf an, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Die Alternative wäre Resignation oder Vogel-Strauß-Politik. Oder – um es mit Al Gore zu sagen: »*Sich mit der Zukunft zu befassen ist riskant. Noch riskanter ist es aber, es nicht zu tun.*« Richtig ist, dass »die Zukunft« als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung in methodischer Hinsicht besonders schwierig ist. Eine kritische Grundhaltung gegenüber Zukunftsstudien ist daher grundsätzlich angebracht. Notwendig ist, die Forschung in diesem Feld zu intensivieren. Gleichzeitig sollte die Anwendung von Foresight-Prozessen in der ministeriellen Praxis zur Regel werden, um Planungsfehler und grobe Fehleinschätzungen zu vermeiden.

Es geht dabei aber nicht darum, die Zukunft zu berechnen oder gar vorherzusagen. Problematisch sind unzulässige Extrapolationen. Wir müssen daher auch den kritischen Umgang mit Big Data-Technologien – den so genannten »Predictive Analytics« – die im Handumdrehen einen scheinbaren »Blick in die Zukunft« simulieren, dringend lernen. »Zukunftswerkstätten«, durchaus in der Tradition von Robert Jungk, sind demgegenüber geeignete diskursive Verfahren, um plausibles Orientierungswissen im Umgang mit den Herausforderungen der Zukunft zu generieren.

**Wenn strategische Vorausschau vor allem mit Szenarien operiert: Wie gelingt beim Erzeugen eines Szenarios die Gratwanderung zwischen dem, was nur im Sinne des irgendwie Möglichen »denkbar« ist und dem, was wirklich plausibel oder gar mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit abzusehen ist?**

Szenarien sind Beschreibungen möglicher Zukunftsbilder. Das Erzeugen von Szenarien stellt sich in der Foresight-Praxis als strukturierter Kommunikationsprozess dar. Zu Recht sprechen Sie die Plau-

sibilität an: Imaginierte Zukunftsvorstellungen müssen plausibel sein. Im Verlauf eines Foresight-Prozesses geht es tatsächlich um nichts weniger als sukzessive Plausibilisierung im Wege der Argumentation und des Diskurses. Ganz gleich, ob es sich um »Szenario-Technik« oder »Delphi-Methode« handelt: stets geht es darum, Ideen und Hypothesen strukturiert zu generieren und zu prüfen.

Nie geht es dabei um richtig und falsch, wahr oder unwahr – die sprichwörtliche »Schere im Kopf« darf in keinem Fall zu früh angesetzt werden. Die Reduktion der Komplexität findet schrittweise und in der Regel in mehreren kommunikativen Schleifen statt. Am Ende eines Foresight-Prozesses sollen plausible Handlungsoptionen stehen, die Orientierung stiften im Ozean des Möglichen und Denkbaren. »Wahrscheinlichkeit« ist in diesem Zusammenhang ein problematischer Begriff. Er ist der Welt der Mathematik entlehnt und suggeriert Linearität. Erfahrungsgemäß verläuft die Zukunft aber oft non-linear und diskontinuierlich. Das ist Grund für so genannte »Schwarze Schwäne«. Was unter Statistiker Wahrscheinlichkeit heißt, ist in Foresight-Kreisen Plausibilität. Erst eine plausible Zukunftsvorstellung entfaltet im Zweifel im politischen Diskurs antizipatorische Wirkung.

**Was sich unsere Leserinnen und Leser jetzt natürlich wünschen würden, wäre ein foresight-informierter Ausblick auf ein sicherheitspolitisches Problem im Jahr 2020. Hätten Sie etwas anzubieten?**

Im Methodenkanon der strategischen Vorausschau wird grob zwischen explorativen und normativen Methoden unterschieden. Letztere beschäftigen sich mit »wünschbaren Zukünften«. Also: Wie soll unsere Zukunft aussehen? Ziel ist es daher, nicht nur Probleme zu antizipieren, sondern auch Lösungen vorzudenken. Anstelle einer Problembenennung an dieser Stelle daher ein positiver Ausblick in

Form einer kleinen Geschichte: Angestoßen von der Berichterstattung um die Erfolge der Software »AlphaGo« der Google-Firma »Deepmind« gab es Ende 2016 im Bundestag eine Expertenanhörung zum Stand und den Perspektiven der Künstlichen Intelligenz. Der Branchenverband BitKom und eine große Anzahl von Informatik-Professoren haben in der Folge ein Memorandum verabschiedet, das sich mit den Risiken der Robotik und »Superintelligenz« befasst. Im Frühjahr 2020 tagt zum ersten Mal, begleitet von einem großen Medieninteresse, der breit und interdisziplinär besetzte neue »Nationale Rat für Programmierethik«. •••



Dr. Norbert Reez ist promovierter Jurist und Diplom-Kriminologe sowie derzeit der Foresight-Beauftragte an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin. Zuvor war er bei der Bundespolizei und danach Projektleiter der nationalen Übungsserie LÜKEX (länderübergreifende Krisenmanagement-übung/Exercise).

Foto: Norbert Reez

### Quellen und Links:

[Webpräsenz des Gouvernement Foresight-Projekts der stiftung neue verantwortung \(snv\).](#)

[Policy Brief der snv zur Strategischen Vorausschau aus dem Juni 2013.](#)

[Webpräsenz des Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages.](#)

[ISS-Arbeitspapier Strategic Foresight - and the EU von Antonio Missiroli vom 20. Februar 2013.](#)



Sensoren, Kameras, Smartphones – Im Informationszeitalter wächst die globale Datenmenge exponentiell. Intelligente Algorithmen versprechen die ultimative Informationshoheit. In ihrer Euphorie blenden Behörden, Nachrichtendienste und Entwicklungshelfer die Schattenseiten dieser Entwicklung allzu häufig aus. Ein Blick auf die Potentiale und Risiken von Big Data in der internationalen Sicherheitspolitik.

Als Patrick Meier am 12. Januar 2010 vom Erdbeben in Haiti erfuhr, waren dessen verheerende Folgen noch nicht abzusehen: Das Beben sollte über 315.000 Todesopfer fordern und fast zwei Millionen Menschen obdachlos machen. Niemand ahnte, wie sehr die chaotischen Zustände vor Ort die Krisenbewältigung erschweren würden. Aus Sorge um befreundete Forscher, die sich in Port-au-Prince aufhielten, richtete Meier deshalb noch am selben Tag eine interaktive Karte ein, auf der er die Statusmitteilungen, Tweets und SMS von Betroffenen markierte. Dabei erhielt er Unterstützung von hundert Freiwilligen, die zugleich das erschreckend unvollständige Kartenmaterial Haitis anhand von Satellitenbildern aufbereiteten, um den Helfern auf der Insel die Orientierung zu erleichtern.

Heute arbeiten freiwillige »Crisis Mapper« in der *Standby Task Force* oder dem *International Network* +

# VON BIG DATA ZU BIG IMPACT?

VON TIM JÜLICHER

## ALGORITHM AND BLUES I

of *Crisis Mappers* zusammen. Echtzeitinformationen durch Crowdsourcing auszuwerten, ist eine Art, der Datenflut des Informationszeitalters Herr zu werden. Andernorts geschieht dies ganz ohne menschliches Zutun durch selbstlernende Algorithmen.

Auch die Vereinten Nationen haben deren Potential erkannt: So rief UN-Generalsekretär Ban Ki-moon 2009 das Programm United Nations Global Pulse ins Leben. Unter dem Motto »Big Data for Development« wurden unter anderem Daten analysiert, die der WHO bei der Bekämpfung der Ebola-

Data-Analysen zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Lage sind, statistische Korrelationen in vorhandenen Datenbeständen zu identifizieren und daraus wahrscheinkeitsbasierte Zukunftsprognosen zu formulieren. Daten und Algorithmen werden damit zu einem mächtigen Instrument für staatliche und nichtstaatliche Akteure auf dem Weg zur ultimativen Informationshoheit: Wenn sich Verbrechen durch datengestützte Prognosen vorhersagen lassen – die Rede ist von »Predictive Policing«, das an den Film *Minority Report* erinnert –

### Was ist Big Data?

Je nach Anwendungsbereich wird das Schlagwort anders interpretiert. Im Kern geht es um die Analyse unstrukturierter Datenmengen, die mit den klassischen Verarbeitungsmethoden nicht mehr zu bewältigen sind. Erste Versuche, das Phänomen Big Data zu beschreiben, stammen von Doug Laney. Der Analyst identifizierte 2001 die »drei Vs« Volume, Velocity und Variety als Kernelemente von Big Data. Heute erzeugen Menschen und Maschinen immer mehr Daten, etwa durch Kameras, Sensoren in mobilen Endgeräten oder bei der Nutzung von Online-Diensten. Einen Großteil dieser Daten nehmen wir jedoch gar nicht als solche wahr: So fallen bei der Nutzung von Smartphones im Hintergrund massenhaft Standortdaten, Verbindungsprotokolle und andere sogenannte Metadaten an. Mit »Data Mining«, intelligenten Algorithmen und selbstlernenden Maschinen wird es möglich, diese Daten miteinander zu verknüpfen und zu analysieren. Am Ende stehen dann wahrscheinkeitsbasierte Zukunftsprognosen – die »Predictive Analytics«.

### Open Source Intelligence und Crowdsourcing

Unter »Open Source Intelligence« (OSINT) verstehen Nachrichtendienste frei zugängliche Informationen. Dabei spielt neben der Auswertung von Print- und Rundfunkmedien die Beobachtung internetbasierter Dienste eine immer wichtigere Rolle. Als offene Quellen in diesem Sinne kommen beispielsweise Blogs, soziale Netzwerke oder Kartendienste in Betracht. Von ihnen profitieren nicht nur staatliche Geheimdienste, sondern auch das so genannte »Crowdsourcing«. Dabei schließen sich Freiwillige im Internet zusammen, um – zumeist Unentgeltlich – bestimmte Aufgaben oder Projekte mit der »Intelligenz der Masse« gemeinsam anzugehen. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die Online-Enzyklopädie »Wikipedia« oder der Blog »Bellingcat«.

## Korrelation ist nicht gleich Kausalität.

Epidemie halfen. Flankiert wird das Projekt von der Entwicklung einer offenen Plattform zum Austausch humanitärer Informationen, dem Humanitarian Data Exchange. Langfristig sollen Algorithmen durch Frühwarnsysteme und Echtzeit-Monitoring auch die Friedenssicherung unterstützen. Der norwegische Politikwissenschaftler John Karlsrud spricht insoweit von »Peacekeeping 4.0«.

Nicht nur im humanitären Kontext, sondern auch für in der politikwissenschaftlichen Forschung und den Nachrichtendiensten ist Big Data in aller Munde. Doch was steckt dahinter? Die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche führt dazu, dass immer mehr Daten erzeugt, gespeichert und verarbeitet werden. Schon heute verdoppelt sich das globale Datenvolumen alle zwei Jahre.

Allein der Datenstrom von Smartphones – Videos, Textnachrichten oder Standortdaten – enthält zahllose Informationen, die für Nachrichtendienste, Hacker oder gewöhnliche Kriminelle von unschätzbarem Wert sein können. Das relevante Wissen aus diesem Datenberg herauszufiltern, ist Aufgabe intelligenter Algorithmen. Metaphorisch wird dabei auch von »Data Mining« gesprochen. Solche Big

können womöglich auch Terroranschläge bereits lange im Vorfeld verhindert werden.

Vertreter der Nachrichtendienste rechtfertigen die zunehmende staatliche Überwachung in Anlehnung an die »Responsibility to Protect« gerne mit einer »Duty to Prevent« – einer präventiven Schutzpflicht. Sicherheit wird in dieser Perspektive schnell zum »Supergrundrecht«, dem sich alles andere unterzuordnen hat. So lautete die Devise des ehemaligen NSA-Direktors Keith Alexander »Collect it all« – sammelt alles! Seiner Ansicht nach brauche man den Heuhaufen, um die Nadel darin zu finden.

Doch in der Realität stoßen die Versprechen von Big Data immer häufiger an ihre Grenzen. Ein größerer Heuhaufen, also ein bloßes Mehr an Daten, führt nicht automatisch zu qualitativ besseren Ergebnissen. Massenhafte Fehlalarme – die sogenannten »false positives« –, die die Sicherheitsbehörden unnötig in Anspruch nehmen, sind daher an der Tagesordnung. Hinzu kommt ein ganz zentrales Problem sämtlicher Big Data-Analysen, das der Oxford-er Big Data-Pionier Viktor Mayer-Schönberger beanstandet: Am Ende stehen immer nur Korrelationen, niemals Kausalitäten. Big Data-Analysen ver-



»Vor dem Gesetz steht ein Türhüter.« Ein Paradigmenwechsel in der Strafverfolgung von der Unschuldsvermutung zum Verdachtsmoment macht den mündigen Bürger wieder zum kafkaesken »Mann vom Lande« .

mögen damit zwar Zusammenhänge aufzuzeigen, nicht aber das dahinterstehende »Warum« zu erklären. Genauso wenig sind korrelationsbasierte Analysen bislang in der Lage, singuläre Ereignisse wie Terroranschläge hinlänglich konkret zu prognostizieren. Das erklärt unter anderem, warum die Sicherheitsbehörden trotz weitreichender Überwachung weder das Attentat auf den Boston Marathon noch die jüngsten Terroranschläge in Paris und Brüssel vorhersehen konnten. Welches Missbrauchspotential die Technologien des

Big Data-Zeitalters bergen, haben die Anschläge der islamistischen Terrororganisation Lashkar-e Taiba 2008 in Mumbai gezeigt. »Open Source Intelligence« und Big Data Analytics waren für die Terroristen wichtige Instrumente: Zur Vorbereitung ihrer Angriffe auf das Taj-Mahal-Hotel nutzten sie nicht nur frei verfügbares Kartenmaterial, sondern ließen sich auch vor Ort in Echtzeit über die Aktivitäten der indischen Sicherheitskräfte informieren. Das IT-Kommandozentrum versorgte sie sogar mit persönlichen Details über die Geiseln. Bei allen humanitären Idealen ist deshalb auch im Hinterkopf zu behalten, dass offene Plattformen und Crowdsourcing-Projekte zugleich Terroristen und Kriminellen in die Hände spielen können.

Was bedeutet das für die Sicherheitspolitik? Zum einen beobachten wir eine Machtverschiebung im System der internationalen Beziehungen. Die Technologien des Big Data-Zeitalters werten nichtstaatliche Akteure weiter auf. Das gilt vor allem für Individualakteure wie Crowdsourcing-Plattformen, Social-Media-Unternehmen oder Terrororganisationen. Andrej Zwitter, Politikwissenschaftler der Universität Groningen, folgert, dass dieses »Empowerment« des Individuums zwangsläufig die klassischen Theorien der Internationalen Beziehungen herausfordern wird. In jedem Fall verändern die Technologien die Sicherheitslandschaft.

Zum anderen läuft Big Data Gefahr, nicht nur die Privatsphäre und den Datenschutz, sondern auch rechtsstaatliche Grundsätze aufzuweichen. Denn wo sich Algorithmen allein auf vergangenheitsbezogene Daten stützen, droht Diskriminierung. Prognostiziertes Verhalten tritt an die Stelle von konkreten Verdachtsmomenten. »Predictive Analytics« statt handfester Beweise. Schon heute wecken US-amerikanische »No-Fly«-Listen und »Predictive Policing« Zweifel daran, dass der Rechtsstaat restlos an der Unschuldsvermutung festhält. Viele US-Bundesstaaten, darunter Maryland und Pennsylvania, setzen seit Jahren Big Data Analytics ein, um

die Wahrscheinlichkeit zu prognostizieren, dass ein Straftäter nach der Freilassung einen Mord begeht. Bewährung gibt es erst bei positiver Prognose.

Fest steht, dass die Potentiale und Gefahren von Big Data im Informationszeitalter nicht ausgeblendet werden können und einer Risikoabwägung bedürfen. Vor allem bei den Nachrichtendiensten und bei der humanitären Hilfe eröffnen intelligente Algorithmen in der Kombination mit wachsenden Datenmassen ganz neue Anwendungsszenarien. Gesellschaft, Politik und Wissenschaft haben die Aufgabe, diese Entwicklung zu begleiten. Patrick Meier hat deshalb 2012 das *Digital Humanitarian Network* gegründet, in dem sich Crisis Mapper und andere »Digitale Freiwillige« zusammengeschlossen haben, um im Krisenfall humanitäre Interventionsmaßnahmen zu unterstützen. Ob Big Data unterdessen als Wunderwaffe der Nachrichtendienste taugt, ist zweifelhaft. Rechtsstaatlichkeit und informationelle Selbstbestimmung liefern jedenfalls gewichtige Argumente wider die Euphorie. •••

Tim Jülicher ist Rechts- und Politikwissenschaftler. An der Universität Münster forscht er zum Thema Big Data und promoviert im Informationsrecht.

### Quellen und Links:

*Bericht »Searching Big Data for 'Digital Smoke Signals'« in der New York Times vom 07. August 2013*

*Artikel »Can Big Data Stop Wars Before They Happen?« von Sheldon Himelfarb in Foreign Policy vom 24. April 2014*

*Webpräsenz der »Standby Task Force*

*Webpräsenz des »International Network of Crisis Mappers«*

*Andrej Zwitter: »Big Data and International Relations« in Ethics and International Affairs no. 4 (2015)*



# VON SCHLAPPHÜTEN UND WETTERFRÖSCHEN

VON MICHAEL SEIBOLD

Trotz ihrer außergewöhnlichen Quellenlage sind Nachrichtendienste auch heute nicht in der Lage, die Unsicherheit, die die Zukunft mit sich bringt, zu beseitigen. »Beherrschbarer machen« lautet stattdessen die Devise. Hierbei setzen die Dienste auf maschinelle Lösungen, aber auch den Faktor Mensch.

**Amazon scheint die Zukunft vorhersagen zu können:** Bereits 2012 meldete der Onlinehändler ein Patent für »vorausschauende Lieferungen« an. Pakete werden dabei ohne direkte Bestellung in die grobe Richtung möglicher Interessenten versandt, allein aufgrund der Bestellhistorie eines Kunden und ähnlichen Käufen in der Nähe seines Wohnorts. Im Extremfall könnten Kunden so Waren erhalten, bevor sie selber von ihrem Interesse daran wissen.

Eine solche Fähigkeit zum Blick in die Zukunft wäre auch etwas für die Regierungen dieser Welt: Aus wirtschaftspolitischen Motiven, aber auch zur sicherheitspolitischen Gefahrenerkennung und -abwehr sind sie verständlicherweise sehr daran interessiert, Ungemach möglichst früh zu erkennen. Neben kurzfristigen Fragen zu konkreten und unmittelbaren Bedrohungen – mögliche Lageentwicklungen bei Krisen etwa – versuchen sie auch, längerfristige Entwicklungen zu prognostizieren. Entweder abstrakt: »Welche Auswirkungen hat ein möglicher wirtschaftlicher Zusammenbruch Libyens auf die Region«, oder auch konkreter: »Wie wird die

## ALGORITHM AND BLUES II

Situation in der Ostukraine Ende 2017 aussehen?«.

Dabei stützen sie sich auf ihre Ministerialbürokratie, Think Tanks, Medienberichte – und ihre Auslandsgeheimdienste. Im Gegensatz zu allen anderen dürfen diese nämlich »nachrichtendienstliche Mittel« anwenden. Spionieren also. Durch mensch-

lich vollkommen berechnete – Warnung nur noch ein Fehlalarm.

Aus dieser Erkenntnis leitet James Clapper, US-amerikanischer Director of National Intelligence, die Aufgabe der Geheimdienste ab: »Wir können Ungewissheit nicht komplett beseitigen, aber [...]

## Je besser der Wetterbericht, desto mehr Hoffnung für die Zukunftsprognosen der Geheimdienste.

liche oder technische Quellenausbeute. »Unser entscheidendes »Plus« nannte der damalige Bundesnachrichtendienst-Präsident Gerhard Schindler diese Quellen. Rund 5.000 Informationen daraus wertet der BND jeden Tag aus.

Spionieren zu dürfen, heißt aber nicht, die Zukunft sicher vorhersagen zu können. Schon die Gegenwart genau zu beschreiben, ist schwierig: Hatte Saddam Hussein 2003 nun chemische Waffen oder nicht? Menschliche Absichten zu prognostizieren – würde Saddam die Waffen einsetzen? – ist noch schwieriger. Und schlicht unmöglich ist es, den tatsächlichen Ablauf fernerer Zukunft mit Sicherheit vorherzusagen: Wie hätte beispielsweise Israel auf einen irakischen C-Waffenangriff reagiert? Wie hätte die Golfregion ein Jahr danach ausgesehen?

Geheimdienste können die Zukunft nicht vorhersagen, bestenfalls die Eintrittswahrscheinlichkeiten verschiedener Zukünfte bewerten. Erschwerend hinzu kommt das Phänomen der »selbstverhindernden Prophezeiung«, denn die Erkenntnisse von Nachrichtendiensten können Handlungen erzeugen, die die ursprüngliche Zukunft verändern: Reagiert ein Staat etwa durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen auf die Warnung vor einem Anschlag, so können die vermeintlichen Attentäter ihre Pläne fürs Erste fallenlassen. Dann aber ist die – eigent-

wir können die Unsicherheit beherrschbarer machen, damit unsere nationalen Verantwortungsträger Entscheidungen treffen können mit einem klaren Bild der Risiken und der Wissenslücken.«

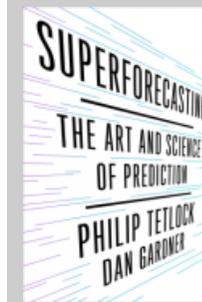
Gerade das unscheinbare »beherrschbarer machen« scheint die Devise vieler Geheimdienstinitiativen zu sein, der Unvorhersagbarkeit ferner Zukunft doch ein paar Prozent Genauigkeit abzurufen. Hoffnung verleiht den Schlapphüten nicht zuletzt der Blick auf die Entwicklung der Meteorologie in den letzten Jahrzehnten, denn auch beim Wetter gilt: Vorhersagen werden niemals hundertprozentig sein. Wetter ist chaotisch und bereits kleinste Schwankungen der Atmosphäre beeinflussen das Ergebnis stark. Und dennoch ist die Güte der Vorhersagen im Laufe der Jahrzehnte stark gestiegen: So hat eine sechstägige Prognose des Deutschen Wetterdienstes heute etwa die gleiche Zuverlässigkeit wie eine eintägige im Jahr 1968.

Grundlage dieser Leistungssteigerung waren verfeinerte Wettermodelle und Fortschritte bei der schieren Rechenleistung. Wenig überraschend, dass auch und insbesondere die großen US-Nachrichtendienste immer weiter technisch aufrüsten: Sie verfügen über mehr und mehr Hardware – allein das »Utah Data Center« der amerikanischen National Security Agency (NSA) etwa hält bereits jetzt für

jeden Erdenbürger bis zu 140 Terrabyte Speicherplatz parat. Diese Hardware wird zudem immer besser: so ist, nicht zuletzt durch Förderung einschlägiger Forschung zu Quantencomputern, in naher Zukunft ein weiterer technologischer Quantensprung bei der Verarbeitung von Massendaten absehbar.

Auf dieser technischen Grundlage lassen sich immer raffiniertere Big Data-Ansätze verfolgen, die aus Tausenden verschiedenen Quellen relevante Trends herausfiltern sollen – genauso wie Amazon aus dem millionenfachen tagtäglichen Klickverhalten auf sich verändernde, und vielleicht sogar zukünftige, Kundenwünsche schließt. Besonders soziale Netzwerke wecken dabei Interesse: Sir David

### Buchtipps »Superforecasting«



Seit den 1980er Jahren widmet sich der US-Psychologe Philip Tetlock den Fähigkeiten von Experten bei der Vorhersage von Ereignissen. 2011 – unterstützt von IARPA – begründete Tetlock das »Good Judgment Project«, das nachhaltige erfolgreiche Prognose-Ansätze zutage fördern sollte. In seinem Buch »Superforecasting – The Art and Science of Prediction« stellt Tetlock die Ergebnisse dieser Arbeit und die Eigenschaften von Superforecastern vor: In seinen Studien, so der Amerikaner, hätte sich statistisch signifikant ein harter Kern von Prognostikern herausgeschält, die konsistent besser als der Durchschnitt operieren – »30 Prozent genauer als Geheimdienstanalysen mit Zugang zu vertraulichen Informationen«, so Tetlock.

Philip E. Tetlock, Dan Gardner: Superforecasting. The Art and Science of Prediction; Crown Publishing; New York, 2015. 352 Seiten; ISBN: 9780804136693; Preis: 11,40 Euro (Taschenbuch).

## ALGORITHM AND BLUES II

Omand, ehemaliger Chef des Government Communication Headquarters (GCHQ), forderte 2012, es sei geradezu Pflicht der Nachrichtendienste, Social Media Intelligence (SOCMINT) in ihr Repertoire aufzunehmen und zum »richtigen Mitglied der Geheimdienst- und Polizeifamilie« zu machen. Diesen Weg schlägt auch der BND ein: Im Rahmen der »Strategischen Initiative Technik« ist seit 2014 auch eine Echtzeitanalyse von Daten aus Sozialen Medien vorgesehen, um »frühzeitig potentiell auftragsrelevante Entwicklungen zu erkennen, [und] daraus einen zeitnahen Beitrag zum Lagebild aus der Sicht des Web 2.0 zu liefern.« In dieselbe Richtung zielt auch das Open Source Indicators (OSI) Programm der amerikanischen Geheimdienst-Forschungsstelle IARPA. Automatisierte Systeme sollen so »trainiert« werden, dass sie Veränderungen in Sozialen Netzwerken, Websuchen, Wikipedia-Edits, Online-Buchungssystemen oder den Finanzmärkten verknüpfen und so gesellschaftliche Ereignisse vorher-sagen können. Durch Training an tausenden tagtäglich anfallenden Ereignissen verbessern sich die Systeme kontinuierlich selbst. Daher schlage das OSI Programm »normale« Nachrichten um bis zu 8 Tage, so IARPA.

Die Nachrichtendienste beschränken sich aber nicht auf solche technokratischen Ansätze, sondern versuchen auch ganz gezielt, die Fähigkeiten menschlicher Analysten zu stärken und zu bündeln. Auch hier ist die IARPA Vorreiter bei Versuchen, bessere Methoden für menschliche Analysten zu identifizieren. »Improving Forecasting through the Wisdom of Crowds« – also der Rückgriff auf die »Schwarmintelligenz« – lautet dabei der Ansatz. Beispiel: das Programm »ForeST« (Forecasting Science & Technology). Über 10.000 Wissenschaftler geben dabei ihre Einschätzungen zu Technikfragen in einem Prognosemarkt ab. Jeder einzelne Wissenschaftler ist unter Umständen voreingenommen und verfügt nicht über alle relevanten Informationen – die massenhafte Befragung gleicht die-

se individuellen Mängel jedoch wieder aus und verbessert damit die Genauigkeit der so aggregierten Vorhersagen. Das gilt umso mehr, wenn Teilnehmer, die sich in der Vergangenheit regelmäßig durch überdurchschnittlich gute Vorhersagen hervor-treten haben, stärker berücksichtigt werden. Durch diese Gewichtung steige die Prognosegüte durchschnittlich um 18 Prozent an, so die Betreuer des Programms.

»ACE« (Aggregative Contingent Estimation) zielt in eine ähnliche Richtung. Ab 2011 hielt die IARPA dazu Schätz-Wettbewerbe ab und verglich dabei verschiedene Ansätze zur Steigerung der Prognosegüte zu geopolitischen Fragen à la »Wird Nordkorea bis zu einem bestimmten Datum eine neue Raketen-genera-tion testen?« oder »Wird Griechenland bis Jahresende noch EU-Mitglied sein?«. Tatsächlich schälen sich dabei Ansätze heraus, die konstant überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen, allen voran die Mannschaft des »Good Judgment Pro-jects« (GJP), das durch den Psychologen Philip Tetlock geleitet wurde. Tetlock identifizierte unter tau-senden Schätzern des GJP so genannte »Superfore-caster«. Diese Supervorhersager sind keine Fachex-perten, sondern Ottonormalbürger, die konsequent einfache, aber effektive Techniken anwenden, um ihre Schätzungen herzuleiten: Einbeziehung mög-lichst vieler Quellen, Denken in Wahrscheinlich-keiten, Schätzen in kleinen Schritten, kontinuierliches Hinterfragen und Ändern der Schätzung. Damit schlägt das Team des GJP auch Geheimdienstana-lysten, die über das »entscheidende« Plus« verfügen – noch. Denn die Erkenntnisse über die Vorgehens-weise der »Supervorhersager« fließen mittlerweile in die Ausbildung und Arbeitsanweisungen der pro-fessionellen Auguren ein.

Durch diese Ansätze rund um Mensch und Ma-schine wird die Unsicherheit tatsächlich beherrsch-barer. Dabei wird es aber umso wichtiger, die politi-schen Entscheidungsträger auf die Grenzen der Me-thode hinzuweisen. Denn es besteht die Gefahr,

dass die politisch Verantwortlichen Supercompu-tern und Superforecastern mit überzogenen Erwar-tungen und Hoffnungen begegnen und stets eine eindeutige und dabei auch noch richtige Prognose erwarten. Nachrichtendienste werden aber weiter-hin mit Prognosen danebenliegen. Wie die Wetter-frösche. Und wie Amazon, wenn ein Kunde das un-verhoffte Paket dann doch nicht haben will. •••

### IARPA

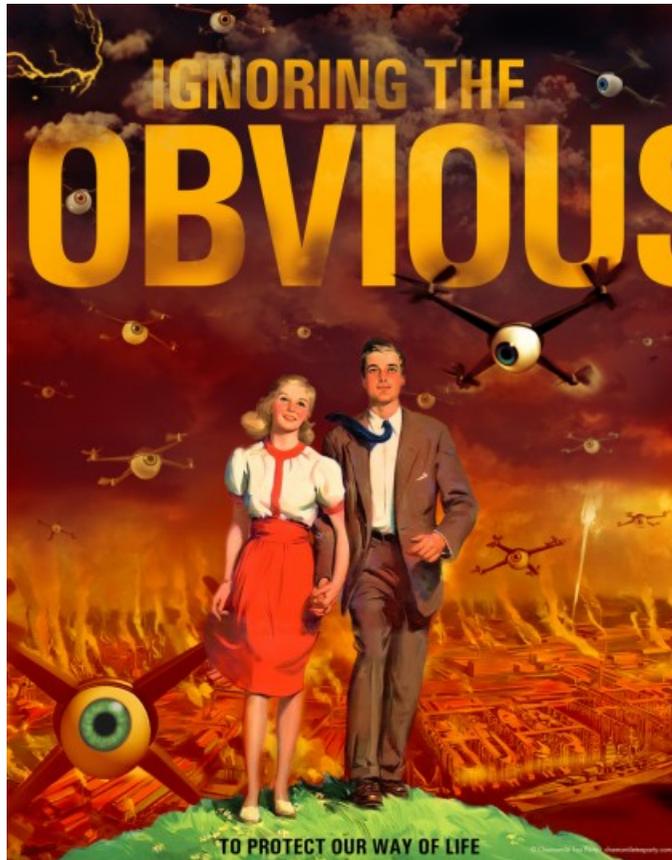
Die Intelligence Advanced Research Project Agency ist der kleine Cousin der bekannteren DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency). Die DARPA soll schon seit 1958 durch die Koordination innovativer Forschungsprojekte die technologische Überlegenheit der US-Streitkräfte sichern. Bekanntestes Produkt ist das ARPANET, Vorläufer des Internets.

Die IARPA wurde 2006 gegründet für die speziellen Bedürfnisse amerikanischer Geheimdienste auf vier Feldern: Verbesserung der Vorhersagen für nationale Entscheidungsträger, zusätzliche Erkenntnisse durch verbesserte Auswertungsmethoden, Gegenmaßnah-men gegen Counter-Intelligence-Fähigkeiten potentieller Gegenspieler, und »smartere« Datensamm-lungsmethoden. Die Agency verfügt selbst über keine eigenen Forschungsrichtungen, sondern konzentriert sich auf die Förderung risikoreicher Vorhaben, die besonders große Dividenden versprechen – »high-risk/rich-payoff-research«. Unter anderem fördert die Agentur Forschung zu Quantencomputern.

### Quellen und Links:

*Rede von DNI James Clapper an der George Washington University vom 27. Oktober 2015*

*BND-Papier zur „Strategischen Initiative Technik“ von 2014 [veröffentlicht auf netzpolitik.org]*



# HÖHER, SCHNELLER, ... MEHR?

VON SEBASTIAN STROBL

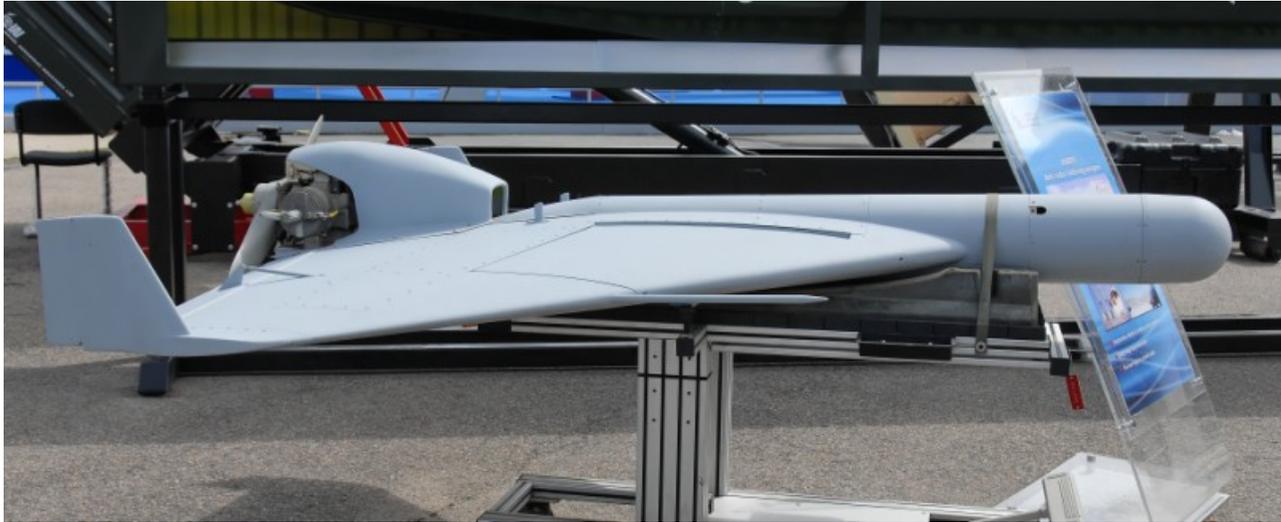
Während derzeit gerade verstärkt über Nutzen und Einsatzregeln von relativ simplen militärischen Drohnen diskutiert wird, steht die nächste Generation schon in den Startlöchern. Der Trend geht dabei zu integrierten Systemen und Schwärmen, die sich selbstständig organisieren. Während manche dieser Projekte Science Fiction bleiben werden, stellen andere uns vor ganz neue Herausforderungen.

Der Einsatz von unbemannten Systemen ist aus der modernen Kriegsführung nur noch schwer wegzu-denken: Luftschläge durch Drohnen (oder richtiger: »Unmanned Aerial Systems« – UAS) sind beispielsweise schon länger ein zentraler Bestandteil des US-amerikanischen Krieges gegen den Terror. Und selbst die Bundeswehr, welche unbemannte Fluggeräte – etwa in Mali oder Afghanistan – bislang nur zur Aufklärung einsetzt, wird ab 2018 mit bewaffnungsfähigen Drohnen des Typs Heron TP ausgerüstet.

Die technologische Entwicklung schreitet dabei allerdings oft schneller voran als die Entwicklung der einhergehenden Einsatz- und Verhaltensregeln. Und während man hierzulande immer noch über das »ob« und »wie« bereits lange existierender und damit fast schon wieder veralteter unbemannter

## DROHNENSCHWÄRME

Foto: Iastro / wikipedia / Public Domain



Einwegdrohne: die IAI Harpy soll ihr Ziel per Kamikazeangriff treffen.

Systeme streitet, wird anderswo bereits die nächste Generation entwickelt. Die Debatte droht so von der technischen Realität überholt zu werden.

Und es tut sich einiges. Unter dem Stichwort »Vernetzte Operationsführung« geht der Trend bei der Entwicklung unbemannter militärischer Flugge-

auch Entwicklung und Herstellung – von UAS verkleinert; einst überlegende Neuentwicklungen werden heute schneller von Entwürfen der weltweiten Konkurrenz eingeholt oder gar übertroffen.

Ein Beispiel für dieses Umdenken ist beispielsweise das so genannte »Gremlins«-Projekt der

## Der Trend geht weg von multifunktionalen, hochentwickelten und teuren Systemen.

räte seit einiger Zeit weg von multifunktionalen, hochentwickelten und damit teuren Systemen. Diese fielen in der Vergangenheit zumeist durch Überschreitung der Projektdauer und -kosten auf und blieben zudem ebenso häufig hinter den erwarteten Fähigkeiten zurück. Darüber hinaus hat sich der technologische Vorsprung einiger weniger Hersteller durch die globale Verbreitung – und mittlerweile

»Defense Advanced Research Projects Agency« (DARPA) - dem Forschungsarm der Streitkräfte der Vereinigten Staaten. Dabei soll eine Vielzahl von kleinen, vergleichsweise billigen und damit leicht ersetzbaren Drohnen von einem »Mutterschiff«, beispielsweise einer modifizierten C-130, aus eingesetzt werden. Fortschrittliche Technologien ermöglichen es dabei, dass diese Drohnen ähnlich wie Vo-

gelschwärme operieren. Diese Schwärme sollen künftig beispielsweise für sogenannte »Sättigungsangriffe« auf wertvolle und gut verteidigte Ziele eingesetzt werden. Das Funktionsprinzip solcher Angriffe besteht darin, ein Verteidigungssystem durch die große Anzahl an abzuwehrenden Angreifern schließlich zu überfordern. Das ist an sich kein neues Konzept. Bereits im Kalten Krieg planten etwa die See- und Luftstreitkräfte

### Geschichte der bewaffneten Drohnen

1849: Das Kaiserreich Österreich schickt 200 Ballons mit Sprengköpfen auf Venedig

1898: Das U.S. Militär lässt einen Drachen mit Kamera im Spanisch-Amerikanischen Krieg steigen - die unbemannte Aufklärung beginnt.

1939-45: Bomben werden steuerbar - Flugzeuge können dadurch der Luftabwehr entgehen.

1960: Eine U2 wird über der Sowjetunion abgeschossen. Das U.S. Aufklärungsprogramm wird schrittweise auf unbemannte Aufklärung umgestellt.

1962: Drohnen werden von einem Flugzeug aus gestartet - das Mutterschiffkonzept findet praktische Anwendung in Vietnam.

1971: Eine U.S. »Firebee«-Drohne gewinnt einen simulierten Luftkampf gegen eine F-4 Phantom.

1990: Der U.S. Kongress stoppt die militärische Drohnenentwicklung, diese wird nun von der CIA über das eigene Budget fortgesetzt.

2002: Der erste Drohnenangriff durch die CIA findet am 4. Februar statt. Der Angriff galt Bin-Laden, traf jedoch eine Gruppe von Zivilisten.

2015: Von 2004 bis zum Oktober 2015 führen die USA insgesamt 421 Drohnenangriffe in Pakistan durch – obwohl sie mit dem Land nicht im Krieg sind.

## DROHNENSCHWÄRME

des Warschauer Paktes, die Abwehrmaßnahmen der gut geschützten Trägerkampfgruppen der NATO durch den massenhaften Einsatz überschallschneller Flugkörper in die Knie zu zwingen. Dies führte

»Wer viel schmeißt, hat bald nichts mehr.«

auf der Gegenseite zur Entwicklung von AEGIS – einem schiffsgestützten und hoch automatisierten, elektronischen Warn- und Feuerleitsystem, welches in Echtzeit hundert Ziele verfolgen, ihre Flugbahn berechnen und vollautomatisch Bekämpfen kann. Die anfliegenden – meist sehr teuren – Flugkörper sowjetischer Bauart sollten dann mit deutlich günstigeren Systemen abgefangen werden, so dass am Ende der erfolglose Angreifer zusätzlich auch noch die hohen Kosten für die eingesetzten Flugkörper zu tragen hätte. Bis heute schützt das System die Schiffe der US-Navy und ihrer Alliierten vor derartigen Sättigungsangriffen – obgleich es seine Fähigkeiten glücklicherweise noch nie real unter Beweis stellen musste.

Werden für solche Überlastungsangriffe nun allerdings Drohnenschwärme anstatt der herkömmlichen Flugkörper eingesetzt, ändert sich die Situation grundlegend. Eine Studie der »Naval Postgraduate School« in Monterey simulierte in zahlreichen Versuchsreihen etwa Angriffe durch kleine Schwärme bereits existierender Drohnenmodelle auf einen Zerstörer der »Arleigh-Burke«-Klasse, welche im Versuch von einem kleinen Fischerboot aus gesteuert wurden.

Die Analysen zeigten, dass die simulierten Drohnen vom Typ »Harpy« durch ihren geringen Radarquerschnitt erst auf kurze Entfernung überhaupt entdeckt würden, was im Ernstfall kaum Zeit zu ih-

rer Abwehr ließe. Darüber hinaus stellte man fest, dass die existierenden Störsysteme nicht auf die Steuerfrequenzen der Drohnen ausgelegt waren.

In der Simulation durchbrachen daher von ins-

Jürgen Prochnow als »Der Alte« in dem Film »Das Boot«

gesamt nur acht eingesetzten UAVs im Mittel 3.82 Drohnen die Verteidigungssysteme des Zerstörers. Diese wären an sich zwar nicht in der Lage, an und

für sich allzu großen Schaden anzurichten, oder den Zerstörer gar zu versenken – sie könnten aber gezielt gegen seine Verteidigungseinrichtungen eingesetzt werden um nachfolgende, schwerere Angriffe zu ermöglichen.

Das »Gremlins«-Projekt der DARPA baut auf genau diesem Prinzip auf: Zunächst provoziert der massenhafte Einsatz billiger Drohnen beim Gegner den Einsatz teurer Flugabwehrraketen. Der Verteidigende muss dabei die hohen Kosten für die Abwehr aufbringen und kann nicht einmal garantieren, auch alle Ziele abzufangen. Im für den Angreifer schlechtesten Fall geht dem Verteidiger am Ende nur die Munition aus, im besten Fall sind sogar seine Verteidigungssysteme geschädigt. In jedem Fall



Überforderte Abwehr: die Luftabwehr im Nahbereich könnte durch Drohnenschwärme überfordert werden, hier ein Close-In Weapon System auf einem Arleigh-Burke-Zerstörer.

Foto: Official U.S. Navy Page / Flickr / CC BY 2.0

## DROHNENSCHWÄRME

aber ist er nun verwundbar für Folgeangriffe. Und genau hier setzt ein weiteres DARPA-Projekt an, denn mit dem, seit 2014 betriebenen »System of Systems Integration Technology and Experimentation«-Projekt (SoSITE) sollen künftig unbemannte

etwa die neue F-35, sollen so künftig durch von den Piloten dirigierte Drohnenschwärme ihre eigenen Angriffe vorbereiten oder gar erst ermöglichen.

Die größte Herausforderung stellt hierbei derzeit noch die ungestörte Kommunikation zwischen allen

## Bei unbemannten Waffensystemen rückt der Mensch jetzt schon von der Position des Entscheiders in die Rolle des Kontrollierenden.

und bemannte Systeme in »agile« Netzwerke, also solche, die anpassungsfähig und skalierbar sind, integriert werden. Bemannte Kampfflugzeuge, wie



Foto: Martin Graupner / flickr / CC BY-SA 2.0

Wirkt mitunter immer noch futuristisch, ist aber der Großvater unter den Kamikaze-Militärrobotern – der Kleinstpanzer Goliath. Sein Zweck bestand darin mit Sprengstoff bestückt in feindliche Stellungen ferngelenkt zu werden. Ab 1942 von der deutschen Wehrmacht eingesetzt, damaliger Stückpreis: 3.000 Reichsmark (mit E-Motor) bzw. 1.000 Reichsmark (mit Benzinmotor).

Elementen des System-of-Systems dar. Denn zum einen muss sichergestellt werden, dass die Kommunikation zwischen den einzelnen Drohnen nicht gehackt oder anderweitig beeinflusst werden kann, gleichzeitig darf die dazu notwendige Härting der Systeme aber die Geschwindigkeit der Datenverarbeitung nicht zu sehr beeinträchtigen. Zum anderen ist die Technologie, um Drohnen, Flugzeuge und Raketen in die Luft zu bekommen zwar bereits vorhanden, um aber ganze Drohnenschwärme in den Einsatz integrieren zu können, muss noch einiges geschehen. Würde man dabei versuchen, jede Drohne wie bisher einzeln zu steuern, wären hoher Personalaufwand und somit hohe Kosten sowie erhebliche Koordinierungsprobleme unvermeidlich. Der Schwarm muss vielmehr als Ganzes gesteuert werden.

Daran wiederum arbeitet das DARPA-Programm »Low-Cost UAV Swarming Technology« (LOCUST). Dessen besonderer Clou liegt darin, dass die einzelnen UAVs völlig autonom miteinander kommunizieren, in Formation fliegen und Überwachungsaufgaben übernehmen. Zwar wurde während der Testphase seitens des »Office of Naval Research« immer wieder betont, dass immer ein Mensch die Entscheidungen überwache und notfalls die Kontrolle über-

nahme – wie lange dies aber noch der Fall bleiben wird, ist abzuwarten. Schon jetzt ist der Mensch in diesen Projekten nicht mehr aktiver Steuernder, sondern er rückt mehr und mehr in die Rolle des Kontrollierenden. Genau diese, derzeit noch gewünschte, menschliche Kontrolle aber bremst die Systeme in ihrer Leitungsfähigkeit potenziell aus. Es liegt in der Logik technologischer Weiterentwicklung, dass diese »Bremse Mensch« früher oder später weitgehend aus dem System verbannt werden wird, um dessen volle Leistungsfähigkeit zu erreichen.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es die dringliche Aufgabe der Politik, endlich Klarheit über den gewünschten Grad autonomer Entscheidungsfähigkeit bei zukünftigen Drohnensystemen und gegebenenfalls über deren Einsatzrichtlinien zu schaffen. Eine zu strikte Reglementierung würde oben angesprochene Systeme verhindern. Eine zu lasche liefere Gefahr, bestehende Rechtsnormen, national wie international auszuhöhlen und senkte wohlmöglich die Schwelle zum Einsatz solcher Systeme. Dies sollte in naher Zukunft geschehen, denn durch die Entwicklung der Technik werden bereits heute Fakten geschaffen. •••

Sebastian Strobl studiert Systems Engineering in München und ist in der Luftfahrtbranche tätig.

### Quellen und Links:

[\*Bericht der DARPA zum »SoSITE«-Projekt\*](#)

[\*Bericht der DARPA zum »Gremlins«-Projekt vom 28. August 2015.\*](#)

[\*Studie von Absolventen der Naval Postgraduate School zur Verwundbarkeit von Schiffen durch Schwarmangriffe aus dem Jahr 2012.\*](#)



# PLÄDOYER FÜR EINE GLOBALE GEWALTBEWÄLTIGUNG

VON DIERK SPREEN

Nach 1989 konstituierte sich eine informelle und diskursiv vermittelte, aber global wirksame Ordnungsform der Gewaltbewältigung. Im Zuge der Weltvergesellschaftung kam »globale Sicherheit« auf die politische Agenda. Aber diese Ordnungsform ist in der Krise. Der Beitrag plädiert dafür, das Programm »globale Sicherheit« aktiv weiter zu verfolgen und zu verbessern – trotz der damit verbundenen Spannungsfelder.

**Die Fluchtquote** in der Welt ist zur Zeit enorm hoch. Doch während die einen vor der fremd verschuldeten Krise physisch flüchten, um in einer freien Gesellschaft leben zu können, leben die anderen in einer freien Gesellschaft und flüchten geistig in eine selbst verschuldete Krise. Das ist aktuell kein AfD-Phänomen, sondern eine Entwicklung, die in den sicherheitspolitischen Debatten schon länger zu beobachten ist.

Abschied wurde und wird dabei genommen vom Programm der »globalen Sicherheit«, das offenbar für Einige eine Überforderung darstellt. Ergo »Exit«! Aber nötigt die globale Gewaltfrage nicht dazu, den Ausstieg aus dem Ausstieg anzustreben? Ist es nicht notwendig, ein Projekt »globale Sicherheit 2.0«, einzuläuten? Das bedeutet, dass man sich kritisch +

## STRATEGISCHER RÜCKSCHRITT

auf das besinnt, was schon mal erreicht war. Und auch erneut und politisch bewusst daran arbeitet, die weltweite Gewalt zu domestizieren und die Fluchtrate zu senken. Die sicherheits- und militärpolitischen Exit-Debatten der letzten Jahre waren ein Symptom, das den politischen und geistigen Rückzug der westlichen Zivilgesellschaften aus der Welt begleitete. Jetzt beschwerten sich diese Gesellschaften über ein »Flüchtlingsproblem« und erwägen die Verdichtung ihrer Grenzbefestigungen.

Ich möchte dagegen dafür plädieren, die post-interventionistische Einstellung aufzugeben und die damit verbundene politisch-geistige Weltflucht zu beenden. Warum nicht einen Neustart globaler Sicherheit versuchen?

Selbst das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr veranstaltete im Sommer 2012 eine internationale Tagung unter dem Titel »The Armed Forces: Towards a post-interventionalist era?« Wenngleich in eine Frage gekleidet, gab der Titel der Erwartung Ausdruck, dass die Zeit von R2P & Co. vorbei sei. Diese Annahme speiste sich keinesfalls aus pazifistischem Wunschdenken, sondern resultierte aus einer ganzen Reihe von Enttäuschungserfahrungen.

Weder ISAF noch die amerikanische Nachkriegs-Mission im Irak hielten, was man sich von ihnen versprochen hatte. Hinzu kamen frustrierende Konflikte in der Zivilgesellschaft und in der politischen Öffentlichkeit, weil viele Menschen dem neuen erweiterten Sicherheitsparadigma, das auch militärische Gewaltanwendung einschloss, nicht folgen wollten. Gesellschaftskritiker sprachen ohnehin nur von einem neuen »Empire« oder sogar von einem »permanenten Ausnahmezustand«. Mit anderen Worten: der Faschismus dämmere im zeitgemäßen Gewand herauf.

Humanitäre Interventionen, die mit militärischem Engagement verbunden sind, haben insbesondere in Deutschland in der intellektuellen Szene einen schlechten Ruf. Dass eine größere Anzahl deutscher Intellektueller ein ähnliches Papier veröffentlichen könnte wie die Erklärung ihrer amerikanischen Kolleginnen und Kollegen »What We're Fighting for«

## Warum nicht ein Neustart globaler Sicherheit?

anlässlich des Angriffs auf das World Trade Center und das Pentagon im Jahre 2001, dürfte wohl selbst in ferner Zukunft noch unwahrscheinlich sein.

Zudem gab die von CDU und FDP geführte Regierung 2011 die Wehrpflicht auf. Zeitgleich begannen die Parteien einen Wettlauf um den schnellstmöglichen Exit-Termin für Afghanistan. Vor diesem Hintergrund konnte man schon den Eindruck gewinnen, dass das Zeitalter der humanitären Interventionen dem Ende entgegen ging.

Dabei geriet aus den Augen, was durch einen solchen Postinterventionalismus und die sicherheitspolitische Weltflucht, die in ihm ihren Ausdruck findet, aufgeben wird. Was war nach 1989 weltpolitisch geschehen? Waren wir bloß Zeugen einer Abfolge von spontanen Interventionen, die sich jeweils auf kontingente Interessenkonstellationen zurückführen lassen? Oder zeichnete sich eine belastbare globale Sicherheitsstruktur ab?

An anderem Ort habe ich vorgeschlagen, für die Zeit nach 1989 von einer globalen »Ordnungsform« (mit Trutz von Trotha) oder einem globalen »Sicherheitsdispositiv« (mit Michel Foucault) zu sprechen.

Die Ordnungsform »globale Sicherheit« übernimmt demnach im Rahmen der Weltgesellschaft eine ganz wesentliche Leistung, die klassischerweise nur staatlich bzw. zwischenstaatlich gedacht wird. Nach 1989 entwickelte sich aber – übrigens erstmalig in der Weltgeschichte – eine wirksame politische Struktur überstaatlicher, globaler und an humanitä-

ren Normen orientierte Gewaltbewältigung, die sich nicht einfach auf vertraute politische Kategorien herunterbrechen lässt. Sie war weder ein anarchisches Staatensystem, noch ein Weltstaat, noch ein Weltimperium, noch eine Weltorganisation. Anfang der 1990er Jahre beendeten nicht die USA allein, sondern eine breite Koalition von 34 Staaten den Überfall Saddam Husseins auf Kuwait.

Als die NATO Ende der 1990er Jahre in den Kosovokonflikt eingriff und die »ethnische Säuberung« des Kosovo verhinderte, schrien zwar die Legalisten Alarm. Lag doch kein UN-Mandat vor. Aber hatte letztlich nicht doch Jürgen Habermas Recht, wenn er diese Intervention als »Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand« legitimiert sah? Selbst der Irakkrieg der USA lässt von diesem Verweis auf eine überstaatlich-globale und normative Orientierung noch etwas erahnen. Nicht nur bestand die sogenannte »Koalition der Willigen« aus 43 Staaten, sondern die Nationale Sicherheitsdoktrin der Bush-Administration formulierte auch eine klare Warnung an all jene »Souveräne«, die Terrorismus fördern, Genozide durchführen oder Massenvernichtungswaffen herstellen.

## STRATEGISCHER RÜCKSCHRITT

Der Hinweis auf die US-Sicherheitsdoktrin macht deutlich, dass sich die Ordnungsform globaler Sicherheit nicht auf das UN-System begrenzen lässt. Sie umfasst vielmehr eine Vielzahl von Akteuren und normativen Bezügen. Ihre Einheit konstituiert sich durch einen globalen Sicherheitsdiskurs, der im Leben und in den Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Individuums ein Schutzgut entdeckt. Daher ist auch von »human security« oder der »responsibility to protect« (R2P) die Rede.

Dieser Sicherheitsdiskurs konstituiert einen orientierenden Rahmen für eine übernationale Sicherheitspolitik. Weitere Merkmale sind der Präventionsgedanke, die Inklusion privater und lokaler Akteure, ein Habitus des Risikomanagements sowie eine Tendenz zur Entgrenzung.

Das heißt im Einzelnen: Sicherheit erscheint bereits im Falle zunehmender Risikolagen gefährdet. Sicherheit ist keine rein staatliche Angelegenheit, sondern staatliche Akteure kooperieren mit Sicherheitsfirmen und Friedensunternehmern (häufig NGOs), welche allerdings strukturell den ökonomischen Imperativ, des Profits oder zumindest der Kostendeckung berücksichtigen müssen. Sicherheit meint keineswegs das Gleiche wie »Frieden«, sondern sie reguliert die Normalität von Gewalt innerhalb bestimmter akzeptabler und möglichst optimierter Parameter. Und Sicherheit ist »erweiterte Sicherheit«, d. h. sie bleibt nicht auf den Kernbereich militärischer und politischer Sicherheit beschränkt, sondern umfasst ökonomische, migrationspolitische und ökologische Aspekte.

Insgesamt stellt sich globale Sicherheit als eine überaus komplexe Form der Problembearbeitung dar. Daher sollte man sie sich nicht als globale Erweiterung des Rechtsstaatsmodells vorstellen, also als globale Normgeltung plus Polizei, Rechtspre-



Foto: D. W. Holmes / Wikipedia / Public Domain

Kriege werden auch mit Bildern geführt. Daher dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung beim zweiten sowie dritten Golfkrieg die Rolle der USA als Führungsmacht. Aufnahmen von Streitkräften anderer beteiligter Nationen haben sich kaum in das kollektive Gedächtnis des Westens eingebrannt. So wie dieses Foto vom 8. März 1991: Es zeigt ägyptische, kuweitische, omanische und syrische Truppen im Rahmen der Operation »Desert Storm«. Anlass für den Aufmarsch war ein Besuch des damaligen saudischen Königs Fahd.

chung und Vollzug. Vielmehr ist eine Vielzahl von unterschiedlichen Normvorstellungen im Spiel. Das beginnt schon damit, dass Europäer und Amerikaner durchaus verschiedene Ideen über Rolle und Ausgestaltung des internationalen Rechtsrahmens haben. Zu berücksichtigen sind aber auch die vielfälti-

gen lokalen Konfliktkulturen, die sehr unterschiedliche Vorstellungen über das »Kriegsrecht« etc. formulieren, wie es zum Beispiel Georg Klute in seinem umfassenden Buch über die Tuareg-Rebellion zeigt. Auch einen Rechtsautomatismus, der bei Normverstößen Sanktionen androht, gibt es nicht. Häufig sitzen Gewaltakteure nicht auf der Anklage-

## STRATEGISCHER RÜCKSCHRITT

bank, sondern am Verhandlungstisch. Versucht man einen Überblick, sieht man schnell, wie komplex und spannungsgeladen »globale Sicherheit« ist:

- ▶ Gewaltbewältigung wird nur selektiv praktiziert und bleibt an politische und wirtschaftliche Interessen gebunden.
- ▶ Globale Sicherheit schränkt nationale Souveränität ein und ist daher im Weltsicherheitsrat vetogefährdet. Das verstärkt die Selektivität und kann bis zur Selbstblockade des Weltsicherheitsrates führen.
- ▶ Selektivität oder Handlungsunfähigkeit wiederum fördern Selbstermächtigung und können zu moralischem Subjektivismus verleiten. Ein Beispiel wäre der Irakkrieg. Er verursachte einen erheblichen Legitimitätsschaden für den globalen Sicherheitsdiskurs.
- ▶ Globale Sicherheit basiert auf einem legitimatorischen Kontinuum zwischen Legalität und Moral: Legales Mandat (Golfkrieg 1991), »Vorgriff« (Kosovokrieg), subjektive moralische Gewissheit (Irakkrieg) – diese drei Elemente vermischen sich. Diese Hybridität wird aber nicht verschwinden.
- ▶ Globale Sicherheit reflektiert den »Aufstieg des Lokalen« (Trutz von Trotha) in der Weltgesellschaft. Aber seitens der demokratischen Zivilgesellschaften ist die Bereitschaft gering, langwierige und mit Frustrationen und Rückschlägen verbundene Sicherheits- und Stabi-

lisierungsmissionen an entfernten Gewaltorten durchzuhalten.

- ▶ Konflikt- und Gewaltbewältigung erfordern die Bereitschaft, sich auf die sehr komplexen und widersprüchlichen Lagen vor Ort einzulassen. Das wird neue Kategorien in das politische Denken einführen und kognitive Selbstverständlichkeiten in Frage stellen.
- ▶ Gewaltbewältigung ohne gewaltbewältigende Gewalt ist ein frommer Traum. Im globalen

Kontext ist das Organ der gewaltbewältigenden Gewalt allerdings das Militär. Gewaltbewältigung kann damit auch die Form eines kriegsförmigen Konflikts annehmen. Dies produziert in den Zivilgesellschaften ein unhintergebares, d. h. strukturelles Legitimationsproblem.

Die Vielfältigkeit der Probleme verleitet zu isolationistischen Einstellungen, gegen die keine Partei immun ist. Die einen wollen den »Exit«, die anderen die Grenzen schließen. Die dahinter stehende im-



»Die deutsche Innerlichkeit will ihren Schlafrock und ihre Ruh und will ihre Kinder duslig halten...« schrieb Gottfried Benn 1930. Das Biedermeier-Gemälde »Der Sonntagsspaziergang« von Carl Spitzweg stammt von 1842. Doch auch heutzutage ist in deutschen Landen das Phänomen der Weltabkehr wieder (oder immer noch?) en vogue.

## STRATEGISCHER RÜCKSCHRITT



Foto: Freedom House / flickr / CC BY 2.0

Welchen Platz hat der syrische Präsident Assad in einem System globaler Sicherheit? Für die Einen ist er ein Massenmörder, für Andere ein dennoch notwendiger Gesprächspartner zur Lösung des syrischen Konfliktes.

plizite Annahme, dass man sich mit der Gewaltfrage der Weltgesellschaft nicht zu befassen brauche, ist aber eine Illusion.

Diese Problemliste ließe sich leicht erweitern und ausdifferenzieren. Mein Plädoyer ist, es mit der »globalen Sicherheit« doch weiter (oder wieder?) zu versuchen und dies endlich auch deutlich zu sagen. Was sich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten weltpolitisch zugetragen hat, war so etwas wie eine »Liste der Vernunft«. Hinter dem Rücken der Akteure konstituierte sich eine Ordnungsform, die die Gewaltfrage und die Menschenrechte – also letztlich das Recht eines jeden Individuums auf persönliche Selbstentfaltung im sozialen Rahmen – in einem globalen Kontext auf die Tagesordnung setzte. Im Zusammenhang mit der Konstitution einer Weltgesellschaft dürfte das eine politische Notwen-

digkeit sein. Aber wir drücken uns darum herum, das auch zu sagen. Wir gaukeln uns vor, dass Problembewältigung im nationalen Rahmen oder mit den Mitteln klassischer Außenpolitik möglich sei. Die Welt und ihre »Orte der Gewalt« sind aber im Zeitalter der Globalisierung und der Weltvergesellschaftung gar kein »Außen« mehr.

## Globale Sicherheit heißt auch Durchhaltevermögen, Frustrationstoleranz und Ideologieresilienz.

Auch in Anbetracht der Gefährdung, die aus der neuen Raumordnungspolitik resultiert, die Russlands Präsident als Alternative nicht nur vorschlägt, sondern vormacht, erscheint eine Rückbesinnung auf globale Sicherheit mehr als angemessen. Wenn man sich auf Putins nachgerade Carl Schmitt'sche Modell des Politischen einlässt, kauft man ein Denken in Einflusszonen und damit den ewigen Krieg in den Kontaktbereichen dieser Zonen ein. Dieser Krieg ist schon da: Handfest findet er in der Ukraine und in Syrien seinen Ausdruck, virtuell zeigt er sich als hybrider Desinformationskrieg, der generell auf Destabilisierung abzielt, um Machtchancen zu generieren.

Globale Sicherheit 2.0 würde heißen, dass man nicht aufgibt, die weltweite Gewaltfrage zu lösen, politische Akteure diskursiv einzubinden und die Menschenrechte für alle durchzusetzen. Es würde auch heißen, dass man Durchhaltevermögen, Frustrationstoleranz und Ideologieresilienz braucht. Doch scheinen die vermeintlichen einfachen Lösungen der nationalen Kleingartenmentalität für viele leider verlockend und plausibel. Aber Patentlösun-

gen gibt es nicht. Daher ist im Rahmen »globaler Sicherheit« auch immer mit Erfolgen und Rückschlägen zu rechnen. Aber genau dieser Erwartungshorizont macht dieses Konzept realistisch. Weder von Rückschlägen noch von langwierigen Aufgaben darf man sich entmutigen lassen.

Die sicherheitspolitische Weltflucht westlicher

Zivilgesellschaften und die gewaltinduzierten weltweiten Fluchtbewegungen verweisen aufeinander. Letztlich werden wir uns entscheiden müssen, ob wir Mauern und Lager bauen wollen oder ob wir eine globale Sicherheitsverantwortung inklusive der notwendigen militärischen Gewaltbewältigung wahrnehmen möchten. •••

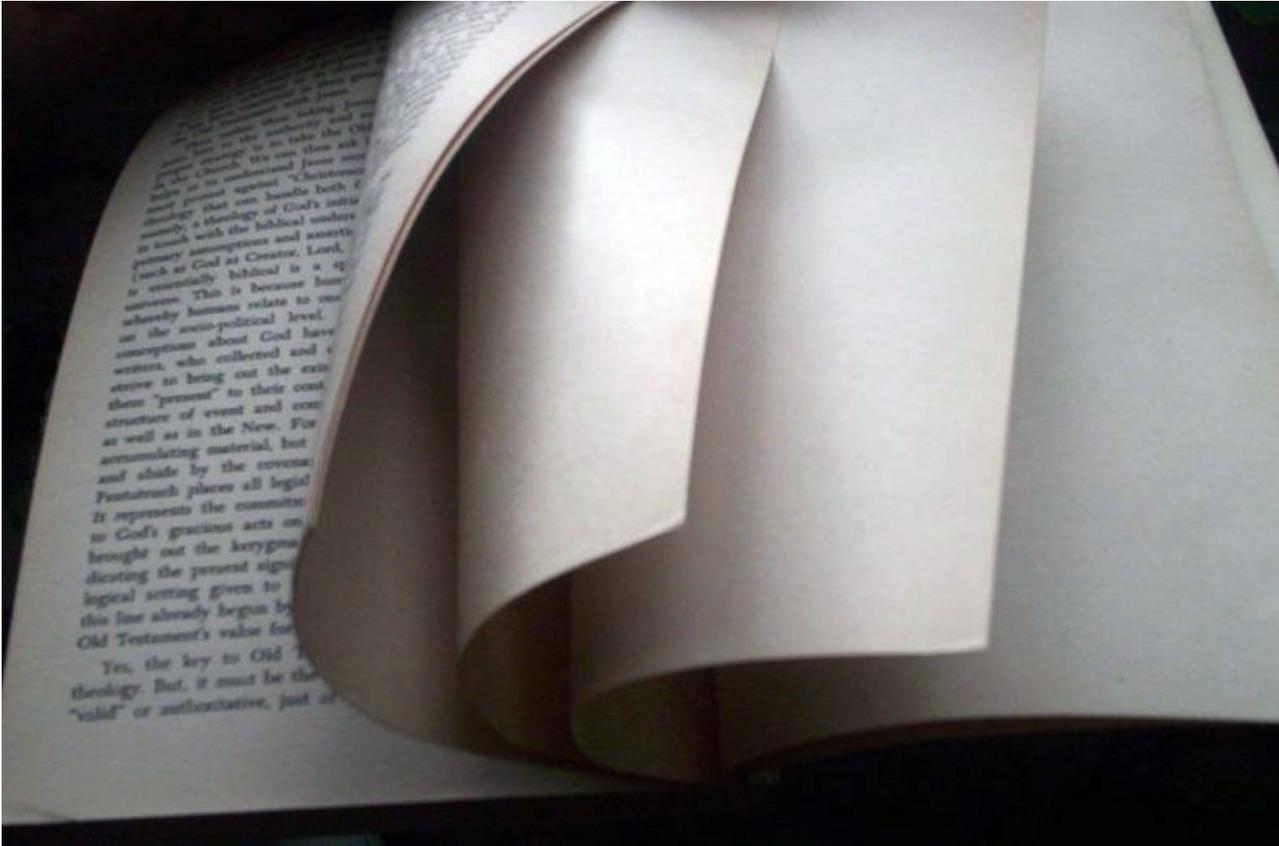
Dierk Spreen, *Soziologie, lebt in Berlin und engagiert sich in der SPD. Zuletzt erschienen: »Krieg und Zivilgesellschaft« (mit Trutz von Trotha, 2012), »Soziologie der Weltraumfahrt« (mit J. Fischer, 2014), »Upgradekultur« (2015).*

### Quellen und Links:

Peter Hanser, Trutz von Trotha: »Ordnungsformen der Gewalt«. Köln, Rüdiger Köppe, 2002

Georg Klute: »Tuareg-Aufstand in der Wüste«. Köln, Rüdiger Köppe, 2013

Dierk Spreen: »Krieg und Gesellschaft«. Berlin, Duncker & Humblot, 2008



# WAS BLEIBT VOM ENDE DER GESCHICHTE?

VON MORITZ RUDOLPH

Seit dem Untergang der Sowjetunion scheinen die Dinge endlich so zu verlaufen, wie ein seelenloser Vulgärmarxismus es immer schon behauptet hat: Ohne Ideen, ohne Dialektik und ohne Geschichte, die damit zu Ende sein könnte. Selbst den Gegnern der liberal-westlichen Gesellschaft fällt nichts anderes oder gar Besseres ein. Allenfalls ein Rückfall in die Barbarei ist vorstellbar.

**Es ist viel** Häme ausgegossen worden über Francis Fukuyamas These vom Ende der Geschichte. Dabei hat er nur aufgeschrieben, was viele insgeheim dachten und wohl immer noch denken: Die marktwirtschaftlich verfasste, demokratische Gesellschaft westlich-liberalen Zuschnitts sei die beste und habe gesiegt, spätestens 1989, als die Mauer fiel. Angebahnt hatte sich der westliche Triumph schon lange – als Deng Xiaoping erklärte: Es ist »egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, hauptsache, sie fängt Mäuse«. Oder als Michail Gorbatschow verkündete: »Die Essenz des Sozialismus ist der Wettbewerb«. Als er dann auch noch von »Glasnost« und »Perestroika« zu reden begann, schien er schon fast im Westen angekommen zu sein.

Fukuyama fragte sich, ob dahinter nicht ein größerer Zusammenhang steckt, ob es einen Sinn in

## LIBERALE STAGNATION

der Geschichte gibt, ob sie ein Ziel hat: Im 19. Jahrhundert kämpften Konservative und Liberale um die Antwort, im 20. Liberale und Totalitäre. Die Liberalen haben, so Fukuyama, zwei Mal gewonnen, jetzt ist kein Gegner mehr übrig. Seither gibt es bloß noch Ereignisketten, die der ökonomischen Materie



Foto: ICP Colombia / flickr / CC-BY-SA 2.0

Prügelknabe all jener, denen die Tendenzen unseres Zeitalters nicht passen: der US-amerikanische Politologe und Apostel der Posthistorie Francis Fukuyama.

gehörten, während »alle Ideen sich blamiert haben« (Mannheim). Damit aber hebt die Geschichte sich selbst auf, denn sie war immer »Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit« (Hegel). »Gegenstand der Freiheit« aber kann nur die »Idee« sein. Wo keine neuen Ideen aufkommen, dort entsteht kein größeres Freiheitspotenzial, das verwirklicht werden könnte, und dort findet auch keine Geschichte mehr statt. Die Ironie dabei: Seit der Sowjetmarxismus untergegangen ist, verläuft alles endlich so, wie ein seelenloser Materialismus (= Vulgärmarxismus) es immer schon behauptet hat: ohne Ideen, ohne Dialektik und damit auch ohne Geschichte.

## Der Widerspruch liegt auf der Hand.

Nun liegen die Einwände auf der Hand. Schon in den 90er Jahren schien die Welt überhaupt nicht jenem »versöhnten« Zustand zu ähneln, in dem sich Freie und Gleiche wechselseitig Anerkennung geben. In Ruanda und auf dem Balkan gab es ein großes Schlachten und selbst in Friedenszeiten war die Welt hässlich; gegen die massiven Ungleichheiten in der »One World« regte sich die Antiglobalisierungsbewegung. Es gab offenbar doch noch »Herren« und »Knechte«.

Der 11. September zielte aufs Herz der liberalen Weltordnung und im Irakkrieg holten die Neocons zum Gegenschlag aus. Beide schienen Samuel P. Huntingtons Unkenrufen vom »Clash of Civilizations« recht zu geben; vielleicht bereiteten sie aber auch Robert D. Kaplans düstere Prognose von der »Coming Anarchy« vor.

Im vergangenen Jahrzehnt gewann diese Rede von der Anarchie noch weiter an Plausibilität – nicht als glücklich-herrschaftsfreie Utopie, sondern als Vorhölle, die dem Hobbesschen Naturzustand

ähnelte, in dem die staatliche Souveränität suspendiert und der »Krieg aller gegen alle« ausgebrochen ist. Ein Krisenbogen spannt sich von Osteuropa über den Nahen Osten bis in den Maghreb und in die Sahelzone hinein. Die gesamte europäische Peripherie brennt. Söldnerheere, Reste von regulären Armeen und Mordbrenner, die sich die religiöse Sache ans Revers geheftet haben, schlagen Schneisen in die liberalen Globalisierungsträume. Das Ende der Geschichte scheint einfach aufzuhören.

Und wie ist es um Europa bestellt, das Fukuyama selbst in einem Zeitungsinterview 2008 zum endgeschichtlichen Vorreiter ausgerufen hatte? Das Eini-

gungsprojekt tritt nicht nur auf der Stelle, es macht sogar Rückschritte; Grenzkontrollen könnten plötzlich wieder zur Normalität werden. Separatistische, nationalistische und autoritäre Bewegungen erhalten Zulauf, die Wirtschaft stagniert oder bricht ein, die Zustimmung zur Einigung schrumpft, die zum Euro sowieso. Die Währungskrise ist noch nicht überstanden, bloß verdrängt von der noch immer ungelösten Frage, wie mit den Millionen Geflüchteten umzugehen sei.

Die fortschreitende demokratische Expansion gehörte für Jahrzehnte zum Kernbestand politikwissenschaftlicher Gewissheiten – nicht nur für Fukuyama. Doch seit einigen Jahren wachsen die Zweifel. Die Zahl der Demokratien geht zurück. Der Arabische Frühling ging gleich in einen Winter über, in der Ukraine stagniert der Demokratisierungsprozess. Sogar im Westen selbst werden demokratische Errungenschaften zurückgedreht. Wir erinnern uns an Colin Crouchs beunruhigende »Postdemokratie«-These vor gut zehn Jahren. Die Situation hat sich

## LIBERALE STAGNATION

seither noch verschärft. Wir haben uns beinahe daran gewöhnt, dass Politik zur ungunstigen Melange aus Expertenherrschaft und markigem PR-Spektakel geworden ist, das von Klasseninteressen nichts mehr wissen will und stattdessen das »Volk« besingt. Im besten Fall verfällt nur die politische Kommunikation, im schlimmsten wird der Rechtsstaat Stück für Stück abgetragen – wie in Ungarn oder Polen.

Kurzum: Es gibt in diesem Jahrzehnt – dem Heidelberg Institute for Conflict Research zufolge – mehr gewaltsame Konflikte und Krisen, zudem

der eine große gesellschaftliche Fäulnis Roms vorausging, das Ende der alten Zeit besiegelt. Nach ihr kam die Barbarei; »The Coming Anarchy« ...

Nur logisch, dass sich da auch die Weltordnung verschiebt – weg von der liberalen Welteinheit unter amerikanischem Schutzschirm und hin zur Multipolarität, in der nichtliberale Mächte auf Fukuyamas Traum pfeifen. Ist das wirklich so?

Dass an Fukuyama doch mehr dran sein könnte, ahnten uneingestanden schon seine frühen Gegner. Die Globalisierungskritiker malten schöne Plakate, auf denen »Eine andere Welt ist möglich!« stand.

## Und dennoch: Man lache nicht über Fukuyama!

wachsende Ungleichheit und Flüchtlingsströme, weniger Demokratie, die Bindekraft überstaatlicher Zusammenschlüsse scheint zu schwinden, die der völkischen Kollektividentitäten dagegen zu steigen. Schauplatz des Dramas ist nicht nur die globale Peripherie, der die Posthistoriker immerhin noch eine konfliktreiche Übergangszeit gewährt haben, sondern mit Europa auch eines der beiden Zentren der liberalen Weltordnung. Sieht so das Ende der Geschichte aus oder doch eher das Ende eines Zeitalters? Die Optimisten und Revolutionäre sagen mit Hermann Bahr: Vielleicht sind das bloß die »Lawinen des Frühlings«, die etwas Neuem vorausgehen. Es wird Irrungen, Wirrungen, Leiden und Konvulsionen geben, aber dann bricht ein neues, herrliches Zeitalter an.

Pessimisten orakeln dagegen vom Untergang. Die Rede vom ermatteten Abendland, das dem »Ansturm« nicht gewachsen sei, hat Konjunktur, vor allem unter Rechten. Sie verweisen auf die »große Parallele« zwischen Spätantike und Spätmoderne: Auch damals habe eine Völkerwanderung,

Und das galt dann als radikal. Zu jeder anderen Zeit hätte man schulterzuckend geantwortet: Ja, sicher sei das möglich. Um dann zur weitaus interessanteren Frage überzugehen, welche Welt es denn bitte schön sein sollte. Heute weiß man darauf keine Antwort mehr. Offenbar glaubten selbst ihre Feinde insgeheim an die Posthistorie, sodass schon die These, etwas anderes sei überhaupt möglich, als kühnes Programm einer radikalen Linken erhalten konnte. Doch ratlos ist auch sie. Und das völlig zu recht.

Fukuyama hat nie behauptet, es gebe keine Ideologien mehr, bloß, dass es keine mehr gebe, die sich als ernsthafte Alternative zur westlich-liberalen Moderne in Stellung bringen und eine Massenbasis gewinnen können. Noch die größten Verbalradikalen sind, wenn es darauf ankommt, Schoßhündchen des Kapitalverhältnisses – nicht einiger Strippenzieher, sondern eines Gesamtzusammenhangs, der nun nicht mehr Weltgeist, sondern Weltmarkt heißt. In ihm wirkt das Kapital als »automatisches Subjekt« (Marx), noch die Mächtigsten sind Objekte

und nicht mehr als bloße »Charaktermasken des Kapitals«, das allein souverän ist. Es steht darum nicht gut um die antikapitalistischen Herausfordererstaaten: Nordkorea ist ein barbarischer Witz, Kuba traurig, und Chavez war zwar ein Maulheld, aber vom Wertgesetz konnte auch er sich nicht lö-



Im Wahlkampf 1946 ging's der CDU noch ums Ganze, um die Rettung der abendländischen Kultur vor der bolschewistischen Gefahr. Heute gilt das pragmatische Credo der Kanzlerin »Wir schaffen das«.

## LIBERALE STAGNATION

sen. Selbst seine »Bolivarische Revolution« blieb der industriellen Moderne verhaftet, bloß ohne Rechtsstaat und freie Presse, dafür mit unmittelbarer Aneignung des Mehrwerts. Das einzige, was er abschaffen konnte, waren die bürgerlichen Vermittlungserrungen moderner Mehrwertabschöpfung und Rechtsstaatlichkeit, nicht aber das Kapitalverhältnis selbst. Seine Alternative zum Kapitalismus nannte er »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, war aber antikapitalistischer Kapitalismus, ein Trick also.

Kaum größer sind die ideologiepolitischen Handlungsspielräume der neuen illiberalen Mächte: Noch die offen antimoderne Techno-Theokratie in Teheran bleibt der ökonomischen Moderne verhaftet, wenn sie sich auch als deren Antipode aufspielt. Diese Geste ist nur vorgeschoben. Selbst der frommste Mullah wird ganz zappelig, wenn es um Handelsverträge und Technikdeals mit dem Westen geht.

Auch China ist erst erfolgreich, seit es unter Deng Xiaoping den Kapitalismus für sich entdeckt hat. Die ach so mächtigen Parteiführer fürchten wirtschaftliche Stagnation, das Volk, Google und Facebook und die Börsenöffnungszeiten in New York, London, Amsterdam und Tokio.

Putin, Hoffnungsträger all derer, die den Gegensoverän zum amerikanischen Hegemon herbeisehen, ist ein lausiger Zar, der die Börsen- und Rohölpreise so sehr fürchten muss wie jeder andere Kapitän eines Schiffes unter kapitalistischer Flagge. Ähnlich ist es mit Erdogan, dem scheinbar allmächtigen Neo-Osmanen, der sich mit liberalen Protestbewegungen herumschlagen muss und vollkommen abhängig ist von Technologie und Marktentwicklungen in Europa - auch er gerät zum Hanswurst der Märkte. Souveränität sieht anders aus.

Das ist ja das Fiese am neuen globalen Spiel unter den Bedingungen des Weltmarktes: Es lässt keine großen Figuren mehr zu, nur noch Verwalter

oder Aufschneider. Auch die antiliberalen Bande der Herausforderer hat einen Eid geschworen aufs Wertgesetz. Dieser aber bindet sie an die Voraussetzung der Posthistorie, auch sie müssen mitspielen und bringen keine neuen Ideen hervor. Einzig den Weg ihrer Anpassung ans Notwendige können sie managen. Und so gleichen die neuen politischen Führer, die so weihevoll von Ruhm und Ehre, osmanischer, russischer, persischer und konfuzianischer Tradition reden, bloß politischen Unternehmern, denen nationalistische oder imperiale Folklore allenfalls ein wohlfeiles Mittel ist, um die Massen hinter sich zu sammeln. Dem Wachstumsimperativ bleiben sie ebenso hörig wie ihre liberalen Konkurrenten.

Und schließlich scheint es da noch – zum Ärger der antiliberalen Herausforderer – eine Verbindung zwischen Kapitalismus und Liberalismus zu geben.

## Im neuen globalen Spiel erlauben die Regeln des Weltmarktes nur noch Verwalter oder Aufschneider.

Es mag Verzögerungen geben, Friktionen und Rückschläge. Aber langfristig schwenken alle Krawallmatzen auf den marktwirtschaftlichen Kurs ein, einstweilen vielleicht ohne Demokratie und Rechtsstaat, doch irgendwann, wenn der Wohlstand groß genug ist und das Wachstum binnenmarktinduziert über Massenkonsum laufen muss, dann richten sich die Begierden der satten Warenhüter auf neue Objekte – Wahlurnen etwa. Vielleicht ist Seymour Martin Lipsets Umschlagpunkt, an dem das Bruttoinlandsprodukt die Demokratisierung begünstigt, einfach noch nicht erreicht. Weltweit gibt es derzeit gut 110 Demokratien. Freilich sind nicht alle davon so kuschelig wie Norwegen oder Neuseeland, aber

wenn wir uns auf das Minimalkriterium einigermaßen freier Wahlen verständigen, kamen noch 1970 bloß 35 Länder in diesen Genuss, heute also mehr als dreimal so viele. Der Skeptiker mag nun einwenden, dass die demokratische Expansion seit gut einem Jahrzehnt ins Stocken geraten ist und sogar zurückgeht. Dagegen der Posthistoriker: Das war in den 1930ern nicht anders, hatte sich aber spätestens in den 50ern wieder erledigt.

Alles gut also? Geht keine Gefahr von diesen eigenartigen archaisch-modernistischen Fabelwesen aus, die allerorten auftauchen, aber ideenlos und damit langfristig zur Liberalisierung verdammt sind?

Keinesfalls. Denn das Ende der Geschichte dürfen wir uns nicht als glückliche Einkehr in Arkadien vorstellen. Naiv-optimistisch sind die Posthistoriker nicht, ihre Prognose ist traurig.

Es haben sich wirklich alle Ideen blamiert, keine ist mit den Zwängen einer rundum »verwalteten Welt« (Adorno) vollkommen vereinbar, auch der Liberalismus nicht. Vielleicht ist Condorcets blutleerer Fortschrittsglaube, der Technik und Handel feiert, als einziger Fixpunkt des Westens übriggeblieben. Und so zerbröselt – im Moment seines scheinbar allumfassenden Triumphs – auch der Liberalismus selbst; mit ihm verschwindet das Individuum.

Die Welt ist verwaltet und verlangt Gehorsam. Straff und hierarchisch geordnet verrichten die ökonomischen, politischen, und kulturbetrieblichen Apparate ihren Dienst, der den Imperativen von

## LIBERALE STAGNATION

Foto: kurirja / flickr / CC-BY-SA 2.0



»Keine sehnsuchtsvolle Romantik, keine Helden, keine totale Existenz, nur ein bisschen Fun« – noch der ernsteste Protest wird durch den Fleischwolf der Ironie gedreht.

Kapitalakkumulation und »Fun« zur Entspannung zwischendurch gehorcht. Die Menschen studieren das richtige Fach und lernen Fremdsprachen, weil sie sich damit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausrechnen, sie ernähren sich gesund und halten sich fit und müssen wohl bald draufzahlen, wenn sie es nicht tun. Ihre menschlichen Beziehun-

sich bald – sonst verdirbt es den Magen. / Man hat sein Lüstchen für den Tag und sein Lüstchen für die Nacht: aber man ehrt die Gesundheit. / 'Wir haben das Glück erfunden' – sagen die letzten Menschen und blinzeln –«

Wir leben risikolos und lang, wir tragen kein Chaos mehr in uns, das nach Nietzsche Voraussetzung wäre, um einen tanzenden Stern gebären zu können. Ein bisschen »Fun« ist erlaubt, aber keine sehnsuchtsvolle Romantik, keine totale Existenz, die aufs Absolute ginge. Helden sind tot. Und so sind auch Politiker keine heroischen Gestalten von historischem Format, sondern dröge Verwalter, deren naturwissenschaftlich-technischer Tonfall von der Raute als Dauergeste begleitet wird.

Bei aller Trauer über das Absterben der Spontaneität, bei aller Häme für die mediokren Verwalter, bei aller Sehnsucht nach romantischem Heroismus, die man vielleicht noch hat, ist doch an die brechtsche Einsicht zu erinnern: »Unglücklich das Land, das Helden nötig hat«. In all der Versachlichung ist noch immer jenes »Minimum an Freiheit« erkennbar, das schon Franz Neumann auf die Seite des Westens sich schlagen ließ. Die Institutionen sind schließlich noch da: parlamentarische Demokratie,

Aber auch die blieben dem Wertgesetz verhaftet, würden aber den Mehrwert unmittelbar abpressen und nicht mehr über den Umweg markt- und rechtsförmiger Vermittlung. Diese Barbarei kann nun von der Peripherie hereinbrechen oder aber im Zentrum selbst aufkommen. Die Dialektik der Aufklärung lauert an jeder Stelle. Das ist die Botschaft, die vom Chaos in Zentrum und Peripherie ausgeht: Nicht dass es mit dem Ende der Geschichte zu Ende geht, sondern dass das nachliberale vom illiberalen Ende herausgefordert wird.

In diesem posthistorischen Gefecht gibt es also durchaus etwas zu verlieren. Man mag noch immer die Sehnsucht nach dem ganz Anderen haben und hoffen, dass es irgendwann möglich sein könnte, dieses verruchte »Kontinuum der Geschichte« (Benjamin) aufzusprengen. Doch bis dahin bleiben wohl nur geduldiges »Warten«, »tätiges Sichbereiten« und ein »zögerndes Geöffnetsein«. Und das resignierte Schulterzucken Siegfried Kracauers: »Ich erkenne nur ein allgemeines Schlamassel, und beinahe wäre mir am liebsten, es könnte noch so fortgewurstelt werden.« •••

## Die Raute als Dauergeste dröger Verwalter.

gen werden versachlicht und auf Tauschwerte reduziert. Ihre Vernunft ist instrumentell und sie tun alles dafür, dass sich daran nichts ändert.

Ähneln wir Nachliberalen nicht immer mehr Nietzsches »letzten Menschen«, die übrigens auch im Untertitel der englischen Fukuyama-Ausgabe auftauchen: »Ehemals war alle Welt irre' – sagen die Feinsten und blinzeln. / Man ist klug und weiß Alles, was geschehn ist: so hat man kein Ende zu spotten. / Man zankt sich noch, aber man versöhnt

die Verankerung von Menschenrechten, geregelte Ausbeutungsverhältnisse und Klassenseinrichtungen, abgesichert durch den bürgerlichen Rechtsstaat. Das ist nicht nichts und alles andere wäre schlechter. Die antibürgerliche Barbarei tobt – in verschiedenen Graden – schon im Iran, in Venezuela oder Ungarn. Hier sind die Überreste des abstrakten Rechts freilich noch nicht gänzlich suspendiert. Dafür braucht es schon den Islamischen Staat oder faschistische Banden.

### Quellen und Links:

*Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man, New York.*

*Kaplan, Robert D. (2000): The Coming Anarchy. Shattering the Dreams of the Post Cold War, New York.*

*Nietzsche, Friedrich. (1999): Also sprach Zarathustra, in: Ders.: Sämtliche Werke, Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, hg. v. Colli, G. & Montinari, M., Bd. 4, München.*



# »KAMPF DER KULTUREN«: PROPHEZEIUNG ERFÜLLT

VON LAURA BREHME

1993 veröffentlichte Samuel P. Huntington einen Artikel, in dem er unsere Welt in sieben Kulturkreise teilte und die These begründete, dass sich entlang dieser Gruppen die wichtigsten Konflikte der Zukunft abspielen werden. Der Kampf zwischen verschiedenen Kulturen bietet eine einfache Erklärung für die Konflikte unserer Zeit, greift aber zu kurz.

**Im Sinne des** Kommunitarismus teilte Samuel P. Huntington 1993 die Welt in, je nach Sichtweise, sieben oder acht Kulturkreise ein: Westliche, Sini-sche, Japanische, Islamische, Hinduistische, Sla-wisch-Orthodoxe, Lateinamerikanische und gege-benenfalls Afrikanische Zivilisation. Entlang der Grenzen dieser Zivilisationsgruppen würden sich die wichtigsten Konflikte der Zukunft abspielen, so Huntingtons Vorausschau. Von Beginn an äußerst kritisch diskutiert, ist Huntingtons düsterer Blick in die Zukunft auch mehr als 20 Jahre später nicht tot-zukriegen – der »Kampf der Kulturen« ist in aller Munde. Auch wenn die Kritik an seiner Theorie vor allem in der Wissenschaft überwiegt, taucht die These immer wieder in Medien und Wissenschaft auf. Das ist ein Problem. Denn Huntington konnte keineswegs in die Zukunft blicken – er lieferte viel-

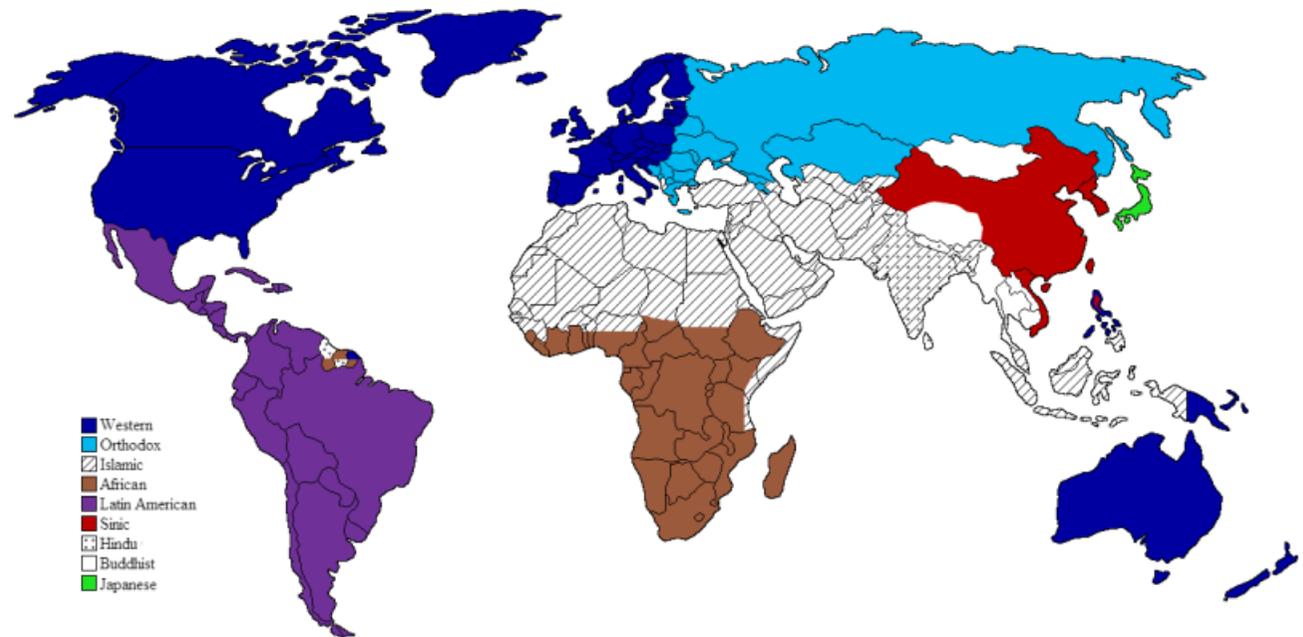
## REVISION DER VISION

mehr eine einfache Erklärung für unsere komplexe Welt, die dankbar und oft unreflektiert angenommen wurde. Doch schon seine grundlegenden Prämissen sind problematisch.

Huntingtons Einteilung in Kulturkreise mag für manchen intuitiv logisch wirken, sprechen wir doch im Alltag auch heute noch oft leichtfertig von verschiedenen Kulturen, etwa »den Muslimen« oder »den Asiaten«. Sicherlich auch aufgrund dieser vertrauten Einfachheit und damit einhergehenden leichten Verständlichkeit erfuhr Huntington mit seiner Einteilung breites Gehör. Diese Kategorisierung erfolgt jedoch nach diffusen Kriterien: So bildet sich bei ihm der hinduistische Kulturkreis etwa aufgrund der gemeinsamen Religion, die lateinamerikanische Zivilisation hingegen ist laut Huntington eine Gemeinschaft aufgrund der gemeinsamen politischen Kultur und Geschichte in den Ländern Südamerikas. Dass diese vermeintlich verbindlichen Kriterien nicht so homogen sind wie angenommen, wird zumeist außen vor gelassen.

Die Differenzen zwischen den Kulturgruppen, welche nach Huntington den titelgebenden »Kampf der Kulturen« bedingten, bezeichnet er als geradezu zwangsläufiges Ergebnis von jahrhundertelangen Entwicklungen. Auch wenn kulturelle Unterschiede nicht automatisch zu Konflikten führten, so der Autor, habe sich in der Geschichte gezeigt, dass kulturelle Unterschiede zu den am längsten anhaltenden und gewaltsamsten Konflikten geführt hätten. Durch die zunehmende Interaktion in der Welt verstärkte sich zudem das kulturelle Bewusstsein bestimmter Gruppen und damit auch eine feindliche Einstellung gegenüber anderen. Der Konflikt sei somit vorprogrammiert und unvermeidlich. So weit – so einfach.

Huntingtons Theorie der kulturellen Konflikte erhält in diesen Tagen wieder viel Zuspruch. Die Konflikte in Irak, Syrien und zwischen Israel und Palästina etwa werden immer wieder ausschließlich anhand der religiösen Spannungen erklärt. Die Kon-



Huntington und wie er die Welt sah: Aufteilung der acht Kulturkreise zuzüglich buddhistisch geprägter Staaten.

fliktparteien gruppieren sich hier überwiegend nach religiöser Überzeugung. Wir erleben zudem, wie Millionen von Menschen ihr Leben riskieren, um vor der daraus resultierenden Gewalt, dem Terror und der Armut zu fliehen – in der Hoffnung, einen sicheren Ort zum Überleben zu finden. Allerdings müssen sie nun wiederum erleben, dass ihre Unterkünfte in Brand gesetzt werden, weil sie einer vermeintlich anderen Kultur angehören. Gestützt auf den festen Glauben an den unausweichlichen »Kampf der Kulturen« erfahren auch in Europa rechtspopulistische Parteien viel Zuspruch: Immer wieder betonen sie die kulturellen Unterschiede und begründen damit die Unmöglichkeit eines Zusammenlebens. Das schürt Fremdenhass und rückt ein friedliches Zusammenleben zunehmend in unerreichbare Ferne.

Man könnte also meinen, Huntingtons Vorhersage habe sich bestätigt. Kaum treffen verschiedene Kulturen aufeinander, wie es etwa in den europäischen Ländern, die geflüchteten Menschen Zuflucht bieten, derzeit der Fall ist, treten Konflikte auf. Doch diese Erklärung ist so naheliegend wie falsch. Denn Konflikte haben vielfältige Ursachen und entstehen überall dort, wo Menschen zusammenleben. Sie sind durch wirtschaftliche, soziale, demografische, politische, kulturelle oder andere Faktoren bedingt. Meist spielen mehrere dieser Faktoren zusammen.

Dass etwa der »Arabische Frühling« und in dessen Folge auch der Bürgerkrieg in Syrien, daran entbrannte, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wurde, dass die Landbevölkerung vom Fortschritt und Wohlstand der Städte abgehängt wurde, wird gerne vergessen. Und schon hier +

## REVISION DER VISION

wird deutlich, dass die angeblichen kulturellen Unterschiede zwischen »denen« und »uns« so groß gar nicht sind. Denn auch in der EU gibt es ein immenses Problem der immer reicher werdenden Reichen und der immer ärmer werdenden Armen – eine weitere Eskalation in Zukunft ist nicht ausgeschlossen.

Und in der Finanzkrise, so manche Auffassung hierzulande, sollten die Griechen erst einmal richtig leiden müssen und bloß keine Hilfe ohne direkte Gegenleistung aus Deutschland erwarten. Denn in der Wahrnehmung vieler Deutscher hatte sich ein konstruiertes »Wir« hier doch alles selbst hart erar-



Foto: Peter Lauth / World Economic Forum / CC BY-SA 2.0

Entgegen dem oft vorgebrachten Vorwurf, das Buch »Kampf der Kulturen« würde die Verfeindung zwischen islamischer und westlicher Welt forcieren, warnte Huntington davor, dass genau dieses verhindert werden müsse: »Es ist nämlich das Ziel von Osama bin Laden, aus diesem Krieg einer Terrororganisation gegen die zivilisierte Gesellschaft einen Kampf der Kulturen zwischen dem Islam und dem Westen zu machen. Es wäre ein Desaster, wenn ihm das gelänge.«

beitet, während »die Griechen« schlicht zu faul oder zu chaotisch für ein funktionierendes Wirtschaftssystem waren. Auch hier dient die kulturelle Ebene wieder als einfachste Erklärung für ein komplexes Problem, zu dessen Entstehen nicht zuletzt auch deutsche Akteure einen erheblichen Beitrag geleistet hatten. Das europäische Finanzsystem und die verpassten Reformen seit Einführung des Euros waren schlicht zu komplex, um kurze und verständliche politische Antworten zu liefern. Deshalb folgt der Griff zur »Kultur«.

Gerade – aber nicht nur – Rechtspopulisten reduzieren die komplexen sozioökonomischen Probleme der Gegenwart gern auf Huntingtons »kulturelle« Ebene und bieten entsprechende »Lösungen« an. Doch die Ursachen – und damit auch realistische Lösungen – liegen woanders. Wie der Sozialwissenschaftler Dieter Senghaas beschreibt, ist die kulturelle Gesinnung von Streitparteien in Konflikten sogar austauschbar – es sei nicht die Charakteristik einer bestimmten Kultur, die zu einem Konflikt führt, sondern der Kampf gegen Armut und die Konkurrenz um den Zugang zu Ressourcen. Es sei demnach irrelevant welcher Kultur die Streitparteien angehören. Der ursprüngliche Konflikt habe damit meist nichts zu tun.

Das globale Netz aus Wirtschaft, Finanzen und natürlich auch Kulturen und Ethnien hat zu einem weltweiten Konkurrenzkampf geführt, in dem die einen versuchen, ihren Reichtum und Wohlstand exklusiv zu halten und die anderen darum kämpfen, etwas vom Reichtum abzubekommen, um damit ihr Überleben zu sichern. Das sieht man in Syrien, wo die Konflikte begannen, als große Teile der Landbevölkerung in die Stadt zogen, um sich dort ein besseres Leben zu ermöglichen und der Rest der Landbevölkerung damit vom Zugang zu Ressourcen abgehängt wurde. Das sehen wir aber auch in Europa, wo Deutschland eine Politik führt, die primär seine Machtposition stärkt und andere Staaten wie beispielsweise Griechenland damit abgehängt werden.

Huntingtons Theorie entgeht also ein entscheidender Faktor: die Lebensgrundlage des Menschen. Unabhängig davon, ob wir den Menschen im Sinne des Kommunitarismus als gemeinschaftliches Wesen definieren oder vielmehr in der liberalen Tradition als eigenständiges Individuum – zum Leben braucht der Mensch die Befriedigung gewisser Grundbedürfnisse. Und genau darum wird gekämpft. Dass Kultur und insbesondere Religion dazu instrumentalisiert werden, Konfliktparteien zu gründen, Hass zu schüren aber mitunter auch Hoffnung zu schenken darf nicht damit verwechselt werden, dass um kulturelle Identität gestritten wird.

Amartya Sen legt in seiner »Identitätsfalle« eindrucksvoll dar, dass die kulturelle Identität des Menschen nicht zwingend die dominierende Identität sein muss. Jeder Mensch gehört nicht einer einzigen Identität an, sondern einer Vielzahl von Identitäten. Welche Bedeutung ein Mensch seinen Identitäten jeweils beimisst, kann nur jedes Individuum selbst entscheiden. In diesem Rahmen sind Individuen auch fähig, die eigene kulturelle Identität zu reflektieren.

Theorien, die in die Zukunft blicken, werden dann gefährlich, wenn sie zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden. Huntingtons Annahme von homogenen statischen Kulturkreisen, die unabhängig voneinander entstanden sind und sich von Grund auf feindlich gegenüber stehen, vermag weit mehr Konflikte hervorzurufen als die Annahme einer pluralistischen Gesellschaft. Unsere Welt ist komplex und wird mit zunehmender Vernetzung nicht einfacher. Lasst sie uns genau so sehen und uns trauen die Komplexität der Probleme auszusprechen und anzugehen! Die Probleme unserer Zeit werden durch den Hinweis auf die Unmöglichkeit, dass Menschen verschiedener Herkunft zusammenleben könnten, nicht gelöst, sondern nur gravierender. •••



# YES, WE KANT!

VON HENDRIK W. OHNESORGE

In Rhetorik und Praxis US-amerikanischer Außenpolitik haben grundlegende Annahmen der Theorie des Klassischen Liberalismus in den Internationalen Beziehungen, die sich aus Immanuel Kants »Zum ewigen Frieden« ableiten lassen, immer wieder eine große Rolle gespielt. Der Artikel stellt zunächst Kants Friedensschrift in ihren zentralen Annahmen vor und diskutiert anschließend ihren Stellenwert für die US-Außenpolitik anhand ausgewählter Schlaglichter von Woodrow Wilson bis Barack Obama.

**Zumeist ist uns** Immanuel Kant als hochbetagter Weiser von Königsberg vor Augen, als herausragender Vertreter der Aufklärung, der mit seinem Aufruf »Sapere aude!« die Maxime einer ganzen Epoche in zwei Worte bündelt, als eifriger Verfechter der drei von Otfried Höffe beschriebenen »Schlüsselbegriffe der kantischen Philosophie: Kritik, Vernunft und Freiheit«. Dabei bleibt die von Höffe ebenfalls attestierte gesellige und humorvolle Seite Kants oft allzu sehr im Dunkeln. So beginnt Kant beispielsweise sein 1795 erschienenes Werk »Zum ewigen Frieden« mit einer fein-ironischen Bemerkung: »*Ob diese satirische Überschrift [»Zum ewigen Frieden«] auf dem Schilde eines holländischen Gastwirts, worauf ein Kirchhof gemalt war, die Menschen überhaupt, oder besonders die Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, oder wohl gar nur die Philosophen*

## »ZUM EWIGEN FRIEDEN«

*gelte, die jenen süßen Traum träumen, mag dahingestellt sein.«*

Kants Friedensschrift ist vor dem geistesgeschichtlichen Hintergrund der Aufklärung sowie den politischen Umwälzungen der Amerikanischen und insbesondere der Französischen Revolution zu sehen. Der Königsberger Professor begrüßte zunächst die Entwicklungen in Paris, verurteilt diese jedoch in der Folge angesichts der Grande Terreur der Jahre 1793/94. Wenngleich explizite Angaben darüber in Kants Schriften und Briefen nicht zu finden sind, so verfasste er *Zum ewigen Frieden* wohl auch vor dem unmittelbaren Hintergrund des Basler Friedens vom April 1795, der eine (wenn auch nur kurzzeitige) Waffenruhe zwischen dem revolutionären Frankreich und Preußen einläutete.

Das knappe Werk ist in seiner ersten Auflage bereits kurz nach Veröffentlichung vergriffen und wird von Kants Zeitgenossen überwiegend positiv diskutiert. Es folgen schon bald Übersetzungen sowie unautorisierte Nachdrucke (deutliches Zeichen für den Erfolg eines Werkes!) und eine philosophische Auseinandersetzung mit seinen Kernannahmen setzt ein. Kant selbst spricht, wie Rudolf Malter anmerkt, in Bezug auf seinen Entwurf zwar ironisch von »rêveries« und gibt sich keinen Illusionen hinsichtlich einer (zeitnahen) Realisierbarkeit seiner Überlegungen hin. Dennoch ist Kants Schrift nicht als bloße Träumerei des mittlerweile über Siebzigjährigen zu verstehen.

Im Kern diskutiert Kant in seinem Werk die Frage, was geschehen müsse, damit ein »ewiger Friede« – und nicht bloß eine temporäre Abwesenheit von Gewalt durch Waffenstillstand – erreicht werden könne. Erneut nicht ohne Ironie, gibt Kant seinem Werk bei der Beantwortung dieser Frage den Aufbau eines zeitgenössischen Friedensvertrages: auf eine Vorrede oder Präambel folgen zunächst im ersten Abschnitt sechs Präliminarartikel, an welche sich im zweiten Abschnitt des Werkes drei Definitivartikel sowie schließlich ein Anhang anschließen. So



Foto: »Kant und seine Tischgenossen«, Gemälde von Emil Doeberling (1892/93) / Wikipedia / Public Domain

Wenn es am Stammtisch um den Weltfrieden und die große Politik geht – auch nach über 200 Jahren immer noch eine Domäne weißhaariger Männer in langen Mänteln?

wohl in den Präliminar- als auch in den drei zentralen Definitivartikeln wird der normative Charakter von Kants Schrift deutlich. So behandeln die sechs Präliminarartikel zunächst eine Reihe von Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um einen »ewigen Frieden« möglich zu machen: u.a. Verbote von Friedensschlüssen, die zukünftige Kriege begründen könnten, von gewalttätigen Interventionen sowie von Handlungen während eines Krieges, »welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen«.

Als wesentliche Grundlage für die Theorie des Klassischen Liberalismus in den Internationalen

Beziehungen gelten jedoch insbesondere die sich anschließenden drei Definitivartikel:

1. »Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.«
2. »Das Völkerrecht soll auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein.«
3. »Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.«

Kants erstem Definitivartikel liegt die Annahme einer allen republikanisch verfassten Staaten inhärenten Friedfertigkeit zu Grunde. Eine verfassungsrechtlich verankerte, republikanische Regierungs-

## »ZUM EWIGEN FRIEDEN«

form, gekennzeichnet insbesondere durch Freiheit, Gleichheit und Gewaltenteilung, sei ein wichtiger Schritt zum Erreichen eines »ewigen Friedens«.

Staatsbürger, die in dieser Form der Regierung über Krieg oder Frieden zu entscheiden hätten, würden kriegerischen Aktivitäten »ihres« Staates nicht zustimmen, nicht zuletzt da sie selbst die Kosten eines Krieges zu tragen hätten. In seinem zweiten Definitivartikel fordert Kant, es müsse »einen Bund von besonderer Art geben, den man den Friedensbund (*foedus pacificum*) nennen kann«. Hier meint Kant weder die Errichtung eines Weltstaates unter totaler Souveränitätsabgabe noch den Zusammenschluss einzelner Staaten zu einem »herkömmlichen« Staa-

tenbund. Vielmehr geht es ihm darum, dass eine nach den im ersten Definitivartikel postulierten Grundsätzen verfasste (und damit friedfertige) Republik anderen Staaten als Vorbild dienen könne und sich diese Regierungsform durch Zusammenschluss und -arbeit »freier Staaten« weiter ausbreiten könne. Der dritte Definitivartikel schließlich stellt das Individuum selbst in den Mittelpunkt und postuliert ein »Weltbürgerrecht«, also nach Kant »das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen von diesem nicht feindselig behandelt zu werden«. Hier unterscheidet Kant klar zwischen einem »Gastrecht«, das weiterer Verträge bedürfe, und einem »Besuchsrecht«, das »allen Menschen zusteht«. Durch den steten Austausch und friedlichen Umgang zwischen »Weltbürgern«, so Kant, würde der »ewige Friede« – bei gleichzeitigem Vorliegen der anderen bereits angesprochenen Bedingungen – schließlich realisierbar sein. In ihrer Gesamtheit thematisieren die drei Definitivartikel Kants somit die drei Dimensionen des Staatsrechts, des Völkerrechts und des Weltbürgerrechts.

Für die Theorie des Klassischen Liberalismus in den Internationalen Beziehungen ist dabei insbesondere die These des Demokratischen Friedens, die aufbauend auf den Annahmen Kants von Michael W. Doyle und anderen entwickelt wurde und eine Friedfertigkeit zwischen Demokratien postuliert, von zentraler Bedeutung.

Dass diese aus Kants »Zum ewigen Frieden« abgeleitete These mitnichten rein akademischer Natur sind, wird nicht zuletzt mit Blick auf die Rezeption von Kants Maximen in den Vereinigten Staaten und ihrer Bedeutung für die US-amerikanischen Außenpolitik deutlich. Wie Oliver Eberl gezeigt hat, wurde es im Anschluss an die in Deutschland unmittelbar mit Erscheinen des Werkes einsetzende Rezeption zunächst still um Kants Friedensschrift. Kants Ideen jedoch wanderten gleichsam in die Vereinigten Staaten aus und schlu-

gen dort Wurzeln, die noch bis heute Rhetorik und Praxis US-amerikanischer Außenpolitik nähren.

Als eine der wichtigsten und wirkungsmächtigsten Persönlichkeiten in dieser Hinsicht gilt Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von 1913 bis 1921. Wurde er noch 1916 unter dem Slogan »*He kept us out of war*« in eine zweite Amtszeit gewählt, führte er die Vereinigten Staaten nur wenige Wochen nachdem er zum zweiten Mal den Amtseid geleistet hatte in den »Great War«, eine Entscheidung, die bis heute eine wichtige Wegmarke in der US-amerikanischen Außenpolitik darstellt. Als der Präsident am 2. April 1917 den Kongress um eine Kriegserklärung gegen das Deutsche Kaiserreich bittet, wird bereits der Kern des später als »Wilsonismus« bezeichneten Gedankenguts deutlich: »*Our object now, as then, is to vindicate the principles of peace and justice in the life of the world as against selfish and autocratic power and to set up amongst the really free and selfgoverned peoples of the world such a concert of purpose and of action as will henceforth insure the observance of those principles. [...] A steadfast concert for peace can never be maintained except by a partnership of democratic nations. No autocratic government could be trusted to keep faith within it or observe its covenants. It must be a league of honor, a partnership of opinion. [...] The world must be made safe for democracy.*«

Hier klingt der Gedanke eines Demokratischen Friedens klar an. Vielleicht noch deutlicher nimmt Wilson, der Kants Schriften wohl während seines Studiums gelesen hat, in seinen berühmten »Vierzehn Punkten« Bezug auf die Forderungen des Königsberger Philosophen. So erinnern die ersten Punkte (sowie weitere Reden Wilsons) stark an die Präliminarartikel aus Kants Friedensschrift. Insbesondere der vierzehnte und letzte Punkt jedoch ist es, der viele Beobachter dazu veranlasst hat, Wilson in Tradition zu Kants Schrift zu sehen: Hier fordert Wilson die Gründung eines Völkerbundes und erinnert damit stark Kants zweiten Definitivartikel.

Foto: »Offizielles Portrait von Präsident Woodrow Wilson«, Frank Graham Cootes (1913) / Wikipedia (Public Domain)



War der 28. US-Präsident, Woodrow Wilson, Kantianer?

## »ZUM EWIGEN FRIEDEN«

Scheitert der schließlich 1919/20 gegründete Völkerbund auch letztlich und treten die Vereinigten Staaten ihm selbst nie bei, so bleiben die von Wilson proklamierten Maximen doch in Rhetorik und Praxis U.S.-amerikanischer Außenpolitik präsent. In der Atlantik-Charta von 1941 und insbesondere mit der Gründung der Vereinten Nationen nach Ende des Zweiten Weltkrieges finden sie erneut prominent Ausdruck. Doch auch während des Kalten Krie-

*reason why is, the people of most societies don't like war, and they understand what war means. [...] I've got great faith in democracies to promote peace. And that's why I'm such a strong believer that the way forward in the Middle East, the broader Middle East, is to promote democracy.»*

Rund eineinhalb Jahre später, am 1. März 2006, bekräftigt Bush auf der Bagram Air Base in Afghanistan erneut: »[Y]ou see, democracies yield the peace

## »Die schönsten Träume von Frieden werden ja im Krieg geträumt.«

ges lassen sich immer wieder Anklänge an Kants Grundsätze und die These des Demokratischen Friedens vernehmen. So bringt etwa Präsident Ronald Reagan in seiner Rede vor dem britischen Parlament am 8. Juni 1982 zum Ausdruck: *»I believe the renewed strength of the democratic movement, complemented by a global campaign for freedom, will strengthen the prospects for arms control and a world at peace.«*

Insbesondere jedoch nach Ende des Kalten Krieges finden Kants Annahmen erneut starke Verbreitung in Wissenschaft und Politik. In seiner Rede zur Lage der Nation am 25. Januar 1994 erklärt Präsident William J. Clinton: *»Ultimately, the best strategy to ensure our security and to build a durable peace is to support the advance of democracy elsewhere. Democracies don't attack each other.«*

Auch Clintons Nachfolger George W. Bush schließt sich dieser Auffassung – unter den Vorzeichen der Anschläge des 11. Septembers 2001 und des »Krieges gegen den Terror« – an und erklärt auf einer Pressekonferenz am 12. November 2004: *»[T]he reason why I'm so strong on democracy is, democracies don't go to war with each other. And the*

*we all want. History has taught us democracies don't war.«*

Tatsächlich wurde die Rhetorik Bushs in Zusammenhang mit dem »Krieg gegen den Terror« immer wieder mit Woodrow Wilsons Grundsätzen zu Zeiten des Ersten Weltkrieges in Verbindung gesetzt. Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigen sich hinsichtlich angewandter Mittel wie auch der Machtposition, aus welcher heraus die Vereinigten Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts agieren, klare Unterschiede. In Hinblick auf die Zielsetzung jedoch – die Ausbreitung von Demokratien zwecks Erhöhung eigener Sicherheit und letztendlich Erreichen weltweiten Friedens – finden sich in der Tat starke Traditionslinien von Wilson zu Bush. Dass auch über Bushs Amtszeit hinaus die Idee des Demokratischen Friedens präsent bleibt, zeigt ein Blick auf Amtsinhaber Barack Obama, der anlässlich seiner Annahme des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 2009 deutlich macht: *»I believe that peace is unstable where citizens are denied the right to speak freely or worship as they please, choose their own leaders or assemble without fear. [...] Only when Europe became free did it finally find peace. America has ne-*

*ver fought a war against a democracy, and our closest friends are governments that protect the rights of their citizens.«* Einmal mehr kommt hier in den Aussagen des US-amerikanischen Präsidenten der Gedanke des Demokratischen Friedens zum Ausdruck.

Höffe bezeichnete den Königsberger Denker einmal als »Gesprächspartner der Gegenwart«. In der Tat ist das Interesse an Kants kurzer Schrift Zum ewigen Frieden bis heute ungebrochen, wie zahlreiche Neuauflagen und Übersetzungen zeigen. Auch in den Internationalen Beziehungen hat sich in den letzten Jahrzehnten ein heftiger Disput entsponnen zwischen Verteidigern und Kritikern einiger aus Kants Werk abgeleiteter Thesen, insbesondere der des Demokratischen Friedens.

Trotz definitorischer Probleme (Wie definieren wir »Frieden«, »Krieg« oder »Demokratie«?) und einer Reihe empirischer Untersuchungen, die die These des Demokratischen Friedens zu widerlegen suchten, bleibt Kants Friedens- und Zukunftsentwurf wirkmächtig. Nicht zuletzt der kurze Blick auf die U.S.-amerikanische Außenpolitik der letzten hundert Jahre hat dies gezeigt. Dort lassen sich regelmäßig zentrale Annahmen Kants wiederfinden,

### Immanuel Kant

Am 22. April 1724 in Königsberg geboren, besucht Immanuel Kant zunächst die Vorstädter Hospitalschule und anschließend das pietistische Collegium Fridericianum (1732-40). Nach dem Studium der Mathematik und Naturwissenschaften, Philosophie und Theologie sowie klassischer lateinischer Literatur an der Königsberger Albertina zunächst Hauslehrer, später Professor in Königsberg. Veröffentlichung der »drei Kritiken« – Kritik der reinen Vernunft (1781), Kritik der praktischen Vernunft (1788), und Kritik der Urteilskraft (1790) – sowie Zum ewigen Frieden (1795). 1804 stirbt Kant beinahe achtzigjährig in seiner Geburtsstadt.

## »ZUM EWIGEN FRIEDEN«

Foto: Greg Foster / Flickr / CC BY-NC-ND 2.0



Die Idee des Demokratischen Friedens als Rechtfertigung für Interventionseinsätze und Terrorbekämpfung erschließt sich nicht immer der Bevölkerung - Protestmarsch vor dem Weißen Haus gegen die Folterpraktiken in Guantanamo.

welche – gepaart mit Ideen eines US-amerikanischen »Missionierungsauftrages« – auch wiederholt Begründung für militärisches Eingreifen waren. So sprach Ronald Reagan in der zitierten Rede vor dem britischen Parlament im Jahre 1982 von einem »crusade for freedom«, den es zu führen gelte, und George W. Bush verwies ebenfalls auf die These des Demokratischen Friedens, um Interventionen zu rechtfertigen.

Diese Beobachtung mag in Hinblick auf Kants Schrift – die ja nicht zuletzt das gewalttätige Einmischen in Verfassung und Regierung eines anderen Staates verbietet – paradox klingen. Ohnehin ist

interessant, dass sich Kants Gedanken zu einem »ewigen Frieden« insbesondere nach dem Ende sowie in unmittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen – Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg, »Krieg gegen den Terror« – besonderer Beliebtheit erfreuen. Frei nach Friedrich Schiller: »Die schönsten Träume von Frieden werden ja im Krieg geträumt.«

Über zwei Jahrhunderte nach Veröffentlichung des Kant'schen Entwurfes und allen Schwierigkeiten zum Trotz, die sich hinsichtlich seiner Anwendbarkeit und Realisierbarkeit zeigen, noch heute jedenfalls gilt Friedrich Schlegels Wort: »Der Geist,

den die Kantische Schrift zum ewigen Frieden atmet, muss jedem Freunde der Gerechtigkeit wohl tun, und noch die späteste Nachwelt wird auch in diesem Denkmale die erhabene Gesinnung des ehrwürdigen Weisen bewundern.« •••

Hendrik W. Ohnesorge ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Center for Global Studies der Universität Bonn.

### Quellen und Links:

Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Herausgegeben von Rudolf Malter. Stuttgart, Philipp Reclam jun., 1984.

Lloyd E. Ambrosius: »Woodrow Wilson and George W. Bush: Historical Comparisons of Ends and Means in Their Foreign Policies.« *Diplomatic History*, Vol. 30, No. 3 (Juni 2006), S. 509-543.

Michael W. Doyle: »Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs.« *Philosophy & Public Affairs*, Vol. 12, No. 3 (Sommer 1983), S. 205-235.

Oliver Eberl: *Demokratie und Frieden. Kants Friedensschrift in den Kontroversen der Gegenwart*. Baden-Baden, Nomos 2008.

Otfried Höffe: *Immanuel Kant*. München, C. H. Beck, 2007.

Otfried Höffe (Hrsg.): *Immanuel Kant. Zum ewigen Frieden*. Berlin, Akademie Verlag, 2011.

Xuewu Gu: *Theorien der Internationalen Beziehungen. Einführung*. München, Oldenbourg, 2010.

Alle zitierten Reden von US-Präsidenten sind verfügbar über [The American Presidency Project](#). Online von Gerhard Peters und John T. Woolley,



# GLOBAL ZERO IM IRAN

VON BENEDIKT ROELEN

Mit der Zustimmung zum Atomabkommen verzichtet der Iran nach einer 10-jährigen Entwicklungsphase auf die Herstellung und Nutzung von Nuklearwaffen. Diese Entscheidung, die im starken Gegensatz zum bisherigen Kurs des Landes steht, bedeutet jedoch nicht den Verzicht auf Sicherheit. Vielmehr kann die Islamische Republik nun ihren hegemonialen und wirtschaftlichen Ambitionen nachkommen. Der neue Kurs für eine Zukunft in Sicherheit ist gesetzt.

**Am 14. Juli 2015** stimmte der Iran in Wien dem Atomabkommen zu. Der sogenannte Atomdeal wurde von den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, Deutschland sowie der EU (EU3+3) und auf der anderen Seite als Vertragspartner Iran ausgehandelt. In der Vergangenheit war dies mehrmals vertagt worden und die Verhandlungen standen einige Male auf der Kippe.

Nach etwas mehr als einem Jahrzehnt verpflichtet sich nun die Islamische Republik, ihr Atomprogramm rein zivil zu nutzen. Kontrollen seitens der Internationalen Atomenergiebehörde sollen die Einhaltung hoher Auflagen sicherstellen, die eine militärische Nutzung ausschließen. Nach einem halben Jahr der Vertragsimplementierung gaben nun im Januar 2016 die EU3+3-Staaten die Aufhebung des Sanktionsregimes bekannt. Dieses hatte

## ATOMABKOMMEN

ähnlich lange bestanden wie das Atomprogramm selbst und war 2006 und 2010 verschärft und erweitert worden.

Doch warum stimmte Iran dem Atomdeal zu? Wohlstand oder Sicherheit? Vielleicht beides? Klar ist, dass die Zustimmung nicht als Selbstverständlichkeit gesehen werden kann, immerhin hat das Streben nach der Bombe bereits hohe Kosten verursacht. Dazu treten noch weitere Gründe, wie etwa die militärische und auch zivile Nutzung von Atomenergie als nationales Prestige, seitens der Führung

gefolgt von einer Erhöhung des Wohlstands. Daraufhin folgt eine militärische Aufrüstung, um im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Stärke zeigen zu können. Der vierte und finale Schritt ist die Absicherung dieser bereits erreichten Staatsziele durch die Erlangung des Status einer Atommacht.

Nun sieht es so aus, als könne man mit der Mearsheimerschen Logik den Verzicht auf den Status als Nuklearmacht nicht erklären, immerhin fehlt der vierte und vermeintlich auch wichtigste Schritt.

## Der neue Deal ist auch aus iranischer Perspektive ein Gewinn.

in Teheran als Anspruch zu Tage. Aus neorealistischer Perspektive treten die militärischen Eigenschaften von Atomenergie in den Vordergrund. Atomwaffen besitzen eine extrem abschreckende Wirkung, welche sich daraus ergibt, dass ein Angreifer immer mit der eigenen Zerstörung rechnen muss. Im Kalten Krieg hat eine nukleare Pattsituation durch das System gegenseitiger Abschreckung den Frieden zwischen den Blockstaaten weitestgehend aufrechterhalten. Kurz bevor der Neorealist Kenneth Waltz verstarb, befürwortete er eine iranische Atombombe mit der Begründung, dass nukleares Balancing für Stabilität Sorge.

Der neue Deal ist jedoch auch aus iranischer Perspektive ein Gewinn. Der Neorealist John J. Mearsheimer prägte eine besondere Form des Neorealismus, den sogenannten Offensiven Neorealismus. Dieser besagt, dass Staaten wie im klassischen Neorealismus nach Sicherheit streben, die durch das Streben nach Hegemonie erreicht wird. Dabei geht der staatliche Akteur in vier Schritten vor. Zunächst soll der Status einer Regionalmacht erlangt werden,

Dass man mit Mearsheimer den Verzicht jedoch erklären kann, zeigt sich bei genauerer Betrachtung der theoretischen Grundlage und einer Analyse der iranischen Außen- und Sicherheitspolitik. Zum einen sieht Mearsheimer - unabhängig von seinen vier Staatszielen - Verhandlungen zwischen Staaten vor. Zum anderen steht nach wie vor die Sicherheit des Akteurs im Vordergrund: sollte diese durch das eigene Handeln in eine unerreichbare Ferne rücken, so ist davon auszugehen, dass von dem Ziel abgesehen wird.

Der Neorealismus sieht Staaten zudem per se als rationale Akteure, was in dem konkreten Fall bedeutet, dass die Risiken einer eigenen Zerstörung möglichst vermieden werden sollen.

Im Hinblick auf das Erlangen des Status einer Regionalmacht kann ein derartiges Verhalten seitens Irans bereits seit mehreren Jahren beobachtet werden, wie es Karim Sadjadpour und Behnam Taleblu beschreiben: »Kein Land im Nahen Osten verfügt über Irans Kombination von geografischer Größe, strategischer Lage, großer und gut ausgebildeter

Bevölkerung, alter Geschichte und enormen natürlichen Ressourcen. Wer auch immer in Teheran regiert, diese Grundvoraussetzungen allein befördern das Streben nach einer regionalen Vormachtrolle.«

Grundpfeiler der iranischen Außenpolitik sind des Weiteren die Feindschaft mit den USA und Israel sowie eine revolutionär-religiöse Komponente, wobei die schiitisch-persische Prägung Irans eine Rolle spielt, welche im Gegensatz zu den eher sunnitisch geprägten arabischen Nachbarn und dem Haupttrivalen Saudi-Arabien steht. Ferner meinen Sadjadpour und Taleblu: »Teheran war erfolgreicher als jeder andere Staat in der Region, Machtvakuen auszufüllen. In allen vier arabischen Ländern, in denen Iran den größten Einfluss besitzt – also in Syrien, im Libanon, Irak und Jemen –, haben Bürgerkriege den Staat zerrüttet und die Zentralregierungen geschwächt.«

Durch die Schaffung oder Stärkung von nicht-staatlichen Akteuren, ebenso wie durch die Instrumentalisierung der Lage schiitischer Glaubensbrüder im Ausland, baute Iran seinen regionalen Einfluss massiv aus. In Libanon ist die Hisbollah ein Beispiel für die Unterstützung Teherans, im benachbarten Irak wurde sogar eine pro-schiitische Proxy-Regierung um den irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki installiert. Dieser Einfluss zeigt sich in der Unterstützung schiitischer Politiker und führte dazu, dass Iran sowohl mit seinem Einfluss auf Wahlen als auch auf verbündete Milizen in Irak den wichtigsten außenpolitischen Akteur stellen.

Außerhalb der eigenen Region baute Iran seine Beziehungen zu Ländern wie Nordkorea und Venezuela aus, die seit jeher den USA nicht freundlich gesinnt sind und sich in der amerikanischen Einflussphäre befinden. Die Vereinigten Staaten stehen somit nicht nur im Nahen Osten iranischem Einfluss gegenüber, sondern gerade auch in anderen Interessengebieten.

Nun ergeben sich mit der Aufhebung der Sanktio-

## ATOMABKOMMEN

nen für Iran in erster Linie neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Unabhängig von der sicherheitspolitischen Dimension von wirtschaftlicher Stärke bringt das Ende des Sanktionsregimes handfeste Vorteile mit sich. Sie äußern sich darin, dass eine gesunde Wirtschaft der Bevölkerung und der herrschenden Elite gleichermaßen Wohlstand bringt. Besonders die Bevölkerung litt zusehends unter einem strengen Sanktionsregime, was sich beispielsweise darin äußerte, dass westliche Produkte durch ein Embargo nicht auf den iranischen Markt gelangen konnten.

Ersatz für diese Produkte kam oftmals aus Russland und China, was sich in einer gewissen Unzufriedenheit der Bevölkerung äußerte, welche seit jeher an eine Vielfalt an Produkten gewöhnt ist. Mearsheimer stellt jedoch die wirtschaftlichen Aspekte nicht in Bezug zu Bevölkerung, innenpolitische Stabilität oder Konsumverhalten, vielmehr sieht dieser in wirtschaftlicher Macht eine sicherheitspolitische Dimension.

Diese Dimension ist sicherheitspolitisch dahingehend wichtig, da nach Mearsheimer davon auszugehen ist, dass sich wirtschaftliche Stärke in militärische Stärke wandelt. Schon Max Weber unterstrich die Bedeutung der Wirtschaft für die Selbsterhaltung eines Staates. Hier gilt auch, je breiter die Wirtschaft aufgestellt ist, umso besser.

Dazu treten zwei weitere Aspekte. Zum einen kann Iran mit der Aufhebung der Sanktionen der bereits äußerst diversifizierten Wirtschaft einen neuen Aufschwung verleihen, zum anderen werden gerade Staaten, deren Wirtschaft sich im Aufschwung befindet, als massive Bedrohung seitens der Nachbarstaaten wahrgenommen. Vielleicht ist die laute Kritik Israels und die etwas weniger laute Kritik Saudi-Arabiens dahingehend zu verstehen, dass sie ein nach der Atomwaffe strebenden Iran offenbar weniger fürchten als ein Iran, dessen Wirtschaft die Fußfesseln ablegen konnte. Vor allem in Westeuropa hoffte man nun nach der

Aufhebung der Sanktionen Mitte Januar auf milliardenschwere Aufträge seitens Teheran und wurde nicht enttäuscht. Ende Januar bestellte der Staatscarrier Iran Air 118 Verkehrsflugzeuge von Airbus. Der Vertrag, der bei einem Besuch des iranischen Präsidenten Hassan Rohanis in Paris zustande kam, ist nur einer von vielen. Geplant war der Abschluss von ca. 20 weiteren Wirtschaftsabkommen allein in Paris.

Was die iranische Wirtschaft auszeichnet, ist das immense Vorkommen natürlicher Ressourcen, allen voran fossiler Energieträger. Frank Nienhuysen schrieb dazu im Onlineangebot der Süddeutschen Zeitung im vergangenen Januar: »Nach Aufhebung der Sanktionen kehrt das Land an die Ölmärkte zurück; Analysten erwarten, dass es seine Förderung 2016 um 600 000 bis eine Million Barrell pro Tag steigert, die Regierung will mehr - was die Preise weiter drücken dürfte. Iran steht zwar vor der einmaligen Situation, auf etwa 100 Milliarden Dollar zugreifen zu können, die wegen der Sanktionen ein-

gefroren waren - der Staatshaushalt macht nur 75 Milliarden aus. Dem steht ein massiver Investitionsbedarf entgegen - in der Ölindustrie, bei den Fluggesellschaften, aber auch in fast allen anderen Wirtschaftszweigen.« Zudem fand unter den Sanktionen eine Diversifizierung der eigenen Wirtschaft statt - ein Vorteil Teherans gegenüber Riad, das auch mit niedrigen Ölpreisen zu kämpfen hat.

Bei der Einschätzung der iranischen Streitkräfte erkennt man zwar, dass Iran mit 520 000 bewaffneten Einheiten (armed forces) die Region noch vor Saudi-Arabien mit 230 000 anführt. Betrachtet man jedoch die Verteidigungsausgaben, so gab Iran im vergangenen Jahr rund 16 Mrd. Dollar aus und liegt damit deutlich hinter seinen Nachbarn, welche ebenfalls zweistellige Milliardensummen aufbrachten, Saudi-Arabien sogar knapp 82 Mrd. Dollar. Saudi-Arabien und die Golfanrainerstaaten verfügen zudem über den Zugang zu modernsten Geräten westlicher Waffenschmieden.

Das iranische Militär gilt dagegen als veraltet. Es



Die Gesprächsrunde beim Abschluss der Verhandlungen in Wien, Juli 2015

Foto: Dragan Tatic / wikipedia / CC BY 2.0

## ATOMABKOMMEN

Foto: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres / flickr / CC BY 2.0



Ein Jahr vor dem Atomabkommen sahen die Prognosen für sein Zustandekommen nicht immer rosig aus, was der Stimmung offenbar aber keinen Abbruch tat – die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton und der iranische Außenminister Javad Zarif bei der Verhandlungsrunde am 03. Juli 2014.

setzt sich aus den klassischen Streitkräften und den Revolutionsgarden zusammen, letztere übernehmen auch im Ausland die Ausbildung freundlich gesinnter Streitkräfte sowie von Miliz- und Terrorgruppen. Im Rüstungsbereich wusste Iran sich zu spezialisieren. In Kooperation mit Rüstungsfirmen aus Russland, China und Nordkorea erwarb Teheran spezielle Raketen, die zur Schiffsabwehr eingesetzt werden, wodurch der Persische Golf und die Meerenge von Hormus kontrolliert werden können. Diese Kontrolle liegt im besonderen Interesse Irans, da westlich des Golfes die Küstenlinie Saudi-Arabiens und der angrenzenden Golfstaaten von nationalen und US-Streitkräftebasen gesäumt ist. Iran gilt als Regionalmacht: Es hat die Unterstüt-

zung freundlich gesinnter Milizen und Truppen im nahen Ausland sowie die militärischen Möglichkeiten, die eigene Sicherheit zu gewährleisten und an empfindlichen geographischen Stellen die Daumenschrauben anzuziehen. Mit der Aufhebung der Sanktionen gehen zudem wirtschaftliche Erwartungen in Erfüllung, erste Verträge und Abkommen sind bereits abgeschlossen.

Die Wandlung von wirtschaftlicher Stärke zu militärischer Power wird mit Sicherheit kommen, zumindest geht Mearsheimer davon aus. Nun fehlt noch der vierte Schritt, die Entwicklung einer Atomwaffe. Warum verzichtete Iran darauf? Hier gilt es eine Risikoabwägung vorzunehmen. Ist das Streben nach einer Atomwaffe so wichtig, dass man

dafür einen Erstschlag Israels oder der USA in Kauf nimmt? Ein nukleares Nachrüsten seitens der Nachbarn ist nicht auszuschließen, Saudi-Arabien soll bereits die ersten Schritte zu einem militärischen Nuklearprogramm unternommen haben. Auf der Haben-Seite stehen bereits die ersten drei Ziele. Auf der Soll-Seite steht das vierte Ziel. Jedoch ist hinsichtlich der Risiken ein Verzicht zu erklären.

Trotz der unsäglichen Rhetorik in Israels Richtung und der Vereinigten Staaten: Iran gilt als rationaler Akteur und ein solcher stellt Sicherheit über Prestige. Zudem gilt das Abkommen nur für 15 Jahre, der Status als nuklearer Schwellenstaat bleibt jedoch bestehen. Mit der Unterzeichnung entschied sich Iran für die Sicherheit, für eine Zukunft in Sicherheit. •••

Benedikt Roelen *studiert Demokratiewissenschaft an der Uni Regensburg mit dem Schwerpunkt Internationale Politik.*

### Quellen und Links:

[Arming Iran. After the Nuclear Deal, in: The Economist.](#)

[Nienhuysen, Frank, Die Reserven des Landes könnten bald aufgebraucht sein](#)

[Munich Security Report 2016](#)



# GETRENNT MARSCHIEREN – VEREINT SCHLAGEN?

VON FABIAN ROHDE

Zu wenig finanzielle Mittel und zu wenig Personal bei den Sicherheitsbehörden, demgegenüber zunehmend transnational organisierte Kriminalität, erstarkende extremistische Kräfte und der internationale Terrorismus. Dies alles stellt den deutschen Sonderweg der streng voneinander getrennten Bereiche der inneren und äußeren Sicherheit vor echte Probleme. Ist das »Trennungsgesetz« ein Auslaufmodell?

»Solange Polizei- und Verfassungsschutzbehörden als zwei Säulen der Inneren Sicherheit mit teilweise überschneidenden Aufgabenfeldern nebeneinander bestehen, werden die Probleme in der Zusammenarbeit nicht vermeidbar sein«. Dieses Zitat datiert nicht etwa auf das Frühjahr 2016, sondern bereits auf das Jahr 2000, und stammt von keinem geringeren als Helmut Albert, dem derzeitigen Chef des saarländischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Er verfasste diese Zeilen im Rahmen eines Beitrages für die Festschrift »50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit« zum seinerzeit runden Geburtstag des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Und bereits damals standen seine Worte exemplarisch für die Notwendigkeit einer grundlegenden und strukturellen Reform der deutschen Sicherheitsarchitektur. Nun ist Kritik, insbesondere am Verfassungsschutz, mittlerweile schon fast eine Grundkonstante der

## TRENNUNGSGEBOT

öffentlichen Debatte zur inneren Sicherheit Deutschlands. Allerdings lässt sich die doch recht deutliche Bemängelung struktureller Defizite der deutschen Sicherheitsarchitektur – noch dazu aus den Reihen der Sicherheitsbehörden selbst – auch fernab der üblichen ideologischen Gräben als Zeichen einer nötig gewordenen Reform lesen. Zumal Albert in seinem Ruf nach einer Neugestaltung nicht allein blieb.

So meldeten sich beispielsweise im Jahr 2012 die beiden Kriminalpolizisten und Gewerkschafter vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz und Ronald Schulze, mit der Forderung zu Wort, einmal darüber zu diskutieren, ob die Kriminalpolizei selbst nicht der bessere Verfassungsschutz sei. Schulz, damals wie heute Vorsitzender des BDK, zog mit dieser Infragestellung der Verfassungsschutzämter allerdings umgehend polizeiiin-

tern Kritik auf sich. Der Grund für die Aufregung? Der Vorschlag der BDKler rüttelte am so genannten »Trennungsgebot«, welches in Gesellschaft, Politik und auch der Sicherheitsbehörden selbst als unabänderliche Konstante der deutschen Sicherheitsarchitektur wahrgenommen wird.

Das Trennungsgebot ist dabei Ausdruck eines historisch gewachsenen, klassischen Sicherheitsverständnisses, welches noch strikt zwischen innerer und äußerer Sicherheit trennt. Doch diese Verengung des Zugangs zum Thema »Sicherheit« gilt eigentlich bereits seit Jahren als gründlich überholt. Der mittlerweile gebräuchlichere »umfassende« Sicherheitsbegriff zieht keine so klaren Linien mehr zwischen »innen« und »außen« und den damit zusammenhängenden, unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen diverser Sicherheitsbehörden. Das ist nur konsequent, denn nach dem »umfassenden« Verständnis sind auch die sicherheitspolitischen Herausforderungen zunehmend durch die Verschmelzung von inneren und äußeren Faktoren gekennzeichnet. Das stellt dem Bielefelder Rechtsgelehrten Christoph Gusy zufolge allerdings die »Konstitutionselemente« des alten Sicherheitsbegriffes in Frage – auf die unsere Sicherheitsarchitektur bis heute aufgebaut ist.

Kaum ein Phänomen symbolisiert die Veränderung zwischen »alter« und »neuer« Perspektive auf das Thema »Sicherheit« dabei so deutlich wie der moderne, global vernetzte und international operierende islamistische Terrorismus. Haben aber die Terroranschläge von 2001 in New York und Washington, 2004 in Madrid, 2005 in London, die beiden Anschläge von 2015 in Paris und im Frühjahr 2016 in Brüssel mit ihren engen Verbindungen zu den, auch im Jahr 2016 noch immer im Nahen Osten marodierenden Terrorgruppen »Islamischer Staat« und »Al-Quaeda« aber einen Wandel von der alten hin zur einer neuen Sicherheitsarchitektur Deutschlands hervorrufen können? Im Großen und Ganzen +

### Gebot oder Pflicht?

Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten – eine Konstante deutscher Sicherheitspolitik – geht auf den so genannten »alliierten Polizeibrief« vom 14. April 1949 zurück. Um demokratiefeindliche Aktivitäten innerhalb der westlichen Besatzungszonen besser im Blick zu haben, gestatteten die Siegermächte damit die Schaffung entsprechender nachrichtendienstlicher Strukturen, allerdings ausdrücklich ohne diesen – die Erinnerung an die Gestapo der NS-Zeit war noch frisch und nachhaltig – auch polizeiliche Befugnisse einzuräumen. Das bedeutet, damals wie heute, dass die deutschen Geheimdienstler keine exekutiven Maßnahmen wie etwa Festnahmen, Vernehmungen, Hausdurchsuchungen oder Beschlagnahmungen durchführen dürfen.

Durch Inkrafttreten des Deutschlandvertrages vom 5. Mai 1955 verlor der Polizeibrief zwar *de jure* seine Gültigkeit, beeinflusst *de facto* aber – verankert in zahlreichen Verfassungsschutzgesetzen der Länder und des Bundes – bis heute die praktische Arbeit von Verfassungsschützern und Polizisten. Verfassungsrechtlich ist die Sache komplex. Während einige Experten, wie etwa Dr. Reinhard Klee aus dem baden-württembergischen Innenministerium, die Grundlagen des Trennungsgebotes im Grundgesetz (Artikel 73/10 und 87/1) verankert sehen und ihm damit quasi Verfassungsrang bescheinigen, stellen andere diese Sicht in Frage. Christoph Streiß etwa, der am Fachbereich Rechtswissenschaft an der Universität Trier promovierte, spricht dem Trennungsgebot den Verfassungsrang ab, da es dem Grundgesetz eben gerade nicht *expressis verbis* entnommen werden könne. Markus Bernd Rödder schließt sich diesem Fazit an, attestiert dem Trennungsgebot aber gleichzeitig, mittlerweile eine »verfestigte deutsche Rechts tradition« zu sein.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Frage bezeichnenderweise noch nie endgültig beantwortet, auch wenn einzelne Entscheidungen (etwa aus dem Jahr 1998) den Verfassungsrang des Trennungsgebots tendenziell eher bestätigen.



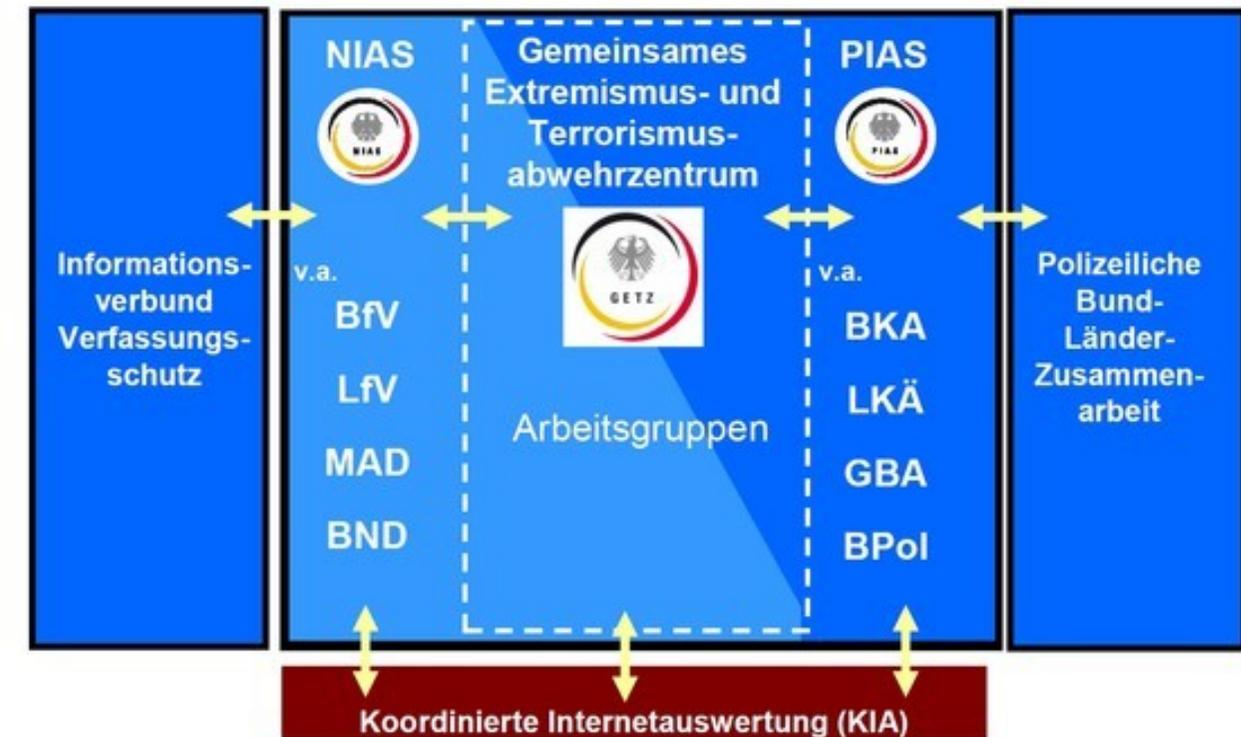
Der Sitz des Geheimen Staatspolizeihauptamt in Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 8, 1933

## TRENNUNGSGEBOT

lautet die Antwort: Nein. Zahlreiche Befugnisregelungen haben seit 2001 lediglich partiell bestehende Gesetze erweitert, ohne aber die darunterliegenden Strukturen grundlegend zu ändern. Den meisten dürften diese Maßnahmen der als »Otto-Katalog« in die Annalen der deutschen Innenpolitik eingegangenen Sicherheitspakete I und II geläufig sein. Doch neben diesen reinen Befugnisweiterungen, die für die Sicherheitsbehörden punktuelle Verbesserungen mit sich gebracht haben, lassen sich weitere, eigens als Antwort auf die neuen Herausforderungen geschaffene Institutionen benennen. So sollen etwa kooperationsfördernde Arbeitskreise der Sicherheitsbehörden, wie das »Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum« (GETZ) oder das »Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum« (GTAZ) die sicherheitsbehördliche Zusammenarbeit festigen. Eine gemeinsame »Anti-Terror-Datei« soll zudem die Arbeit der verschiedenen Polizei- und Nachrichtendienstbehörden erleichtern. Was sich in ministerialen Verlautbarungen zunächst nach gelungener Vernetzung anhört, scheidet in der Praxis allerdings häufig an widerstreitenden Interessen der vermeintlich eng kooperieren-

## Die Anschläge des islamistischen Terrorismus haben bislang keinen Wandel in der deutschen Sicherheitsarchitektur hervorgerufen.

den Akteure – was nicht zuletzt auf die, durch das Trennungsgebot zurückgehende, unterschiedliche Verteilung der Aufgaben und Befugnisse zurückzuführen ist. Ein Beispiel: Im GTAZ arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden der sechzehn Bundesländer, der



Grundstruktur des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums (GETZ)

Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes, des Bundesverfassungsschutzes, des Bundesnachrichtendienstes, des Generalbundesanwaltes, des Zollkriminalamtes, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Militärischen Abschirmdienstes gemeinsam an der Beobachtung und Bekämpfung

des islamistischen Terrors. Die gemeinsame Vernetzung, der Austausch von Daten und Erfahrungen »auf dem kurzen Dienstweg« sollen dabei wichtige Synergieeffekte bringen und die wirksame Unterbindung solcher Umtriebe fördern. Im Tagesgeschäft gleicht diese von Staatswegen gewollte Zusammenarbeit allerdings häufig der Quadratur des Kreises, da hier zusammengeführt wird, was bisher – ebenfalls von Staatswegen – eigentlich klar voneinander getrennt ist. Denn auch im GTAZ bleibt das »Trennungsgebot« als Hemmschuh der interbehördlichen Zusammenarbeit wirksam. So dürfen die Vertreter der Polizeibehörden etwa im Arbeitsalltag durchaus nicht alles sehen, was ihre nachrichtendienstlichen Kollegen mit Hilfe ihrer Methoden in

## TRENNUNGSGEBOT

Erfahrung gebracht haben. Und selbst wenn sie es denn sehen dürften – automatisch für die Strafverfolgung nutzen können sie es dann noch lange nicht. Das frustriert nicht nur das eingesetzte Personal – auch von außen kommt Kritik an den derzeitigen Strukturen.

Während der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zur Sicherheitsarchitektur in Deutschland anlässlich der 10. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses »Rechtsterrorismus« des Bundestages im Jahr 2012 betonte etwa der Sachverständige Christoph Gusy, dass die Veränderungen, welche die Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahrzehnten durchlaufen haben, in der Regel zu zahlreichen Doppel- und Parallelstrukturen geführt hätten, welche die Aufgabenwahrnehmung und die Abstimmung zwischen den Sicherheitsbehörden mitunter sogar erschwerten. Die Möglichkeiten, die deutsche Sicherheitsarchitektur auf Grundlage der alten, strikten Trennung zwischen den Sicherheitsbehörden angemessen für die Herausforderungen der Gegenwart aufzustellen, scheinen angesichts dieser Befunde ausgereizt – aber lange nicht ausreichend. Wäre es da nicht naheliegend, dass, wenn sich der Sicherheitsbegriff, der ja die technologische Blaupause für die darauf aufbauende Sicherheitsarchitektur sein sollte, nun so offensichtlich weiterentwickelt hat, dass statt eines statischen – sich auf eine starke Differenzierung der zu schützenden Rechtsgüter zwischen »innen« und »außen« stützenden – Sicherheitsbegriffes besser einen ganzheitlichen und dynamischen zum Fundament der neuen Sicherheitsarchitektur zu machen? Ein zentrales Merkmal dieser neuen Sicherheitsarchitektur könnte dann wohlmöglich auch ein reformiertes »Trennungsgebot« sein. Gerade diese Forderung ist jedoch aus nachvollziehbaren historischen Gründen hierzulande umstritten. Die Bundesrepublik Deutschland wird auf absehbare Zeit kaum Gefahr laufen, eine auch nur im entferntesten an die Gesta-

po erinnernde politische Polizei aufzubauen. Da stellt sich die Frage, ob sich durch das Trennungsgebot Nachteile im Umgang mit den aktuellen Herausforderungen ergeben? Dass das historische Argument der Errichtung des Trennungsgebotes aus Tradition zwar zu hinterfragen sei, die eigentliche Funktion dessen jedoch als »Errungenschaft der Rechtsstaatlichkeit« angesehen werden könne, beschreibt der damals an der Universität Witten/Herdecke tätige Politikwissenschaftler und Sicherheitsforscher Hans-Jürgen Lange. Seiner Meinung nach dominieren »Effizienzvorteile« bei der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten in der aktuellen deutschen Sicherheitsarchitektur. Lange führt zudem aus, dass die eigentlichen Schwachstellen der deutschen Sicherheitsarchitektur mannigfaltiger Natur seien und nicht originär bei dem Trennungsgebot lägen, sondern unter anderem in der unterschiedlichen Ausbildung von Polizisten und Nachrichtendienstlern, einhergehend mit divergenten »Handlungslogiken« der Sicherheitsbehörden. Lange attestiert der deutschen Sicherheitsarchitektur zwar offensichtliche Mängel, nimmt jedoch Abstand von einer simplen Lösung: der Trennung vom Trennungsgebot.

Markus Bernd Rödder, welcher an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn promoviert, legt in den Schlussbetrachtungen seiner Dissertation aus dem Jahr 2010 seinerseits den Schluss nahe, dass die aktuelle, föderal organisierte Sicherheitsarchitektur Deutschlands Defizite »angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus« aufweise und die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit neu diskutiert werden müsse. Doch genau dieser notwendige Diskurs um eine neue Sicherheitsarchitektur, so konstatiert Christoph Gusy, stagniert. Die Zukunft der deutschen Sicherheitsarchitektur ist ungewiss. Nur eines scheint sicher: Nach dem ersten größeren Terroran-

schlag im Inland oder dem nächsten im nahen Ausland werden mit großer Wahrscheinlichkeit nur wieder die deutschen Sicherheitsgesetze erneut verschärft. Dabei sind die Defizite der deutschen Sicherheitsarchitektur seit Jahren bekannt. Von grundlegenden Reformen sind die politischen Akteure allerdings noch weit entfernt.

Nach derzeitiger Lage wird der Verfassungsrang des »Trennungsgebotes« vermutlich gar nicht erst zur Disposition stehen, auch wenn Deutschland irgendwann sein eigenes 9/11 erlebt. Es ist von erheblicher Bedeutung, die einzelnen Schwachpunkte der deutschen Sicherheitsarchitektur zu identifizieren und Lösungsansätze zu erarbeiten, so wie es Hans-Jürgen Lange 2012 bei der Anhörung im Bundestag als Vorschlag in den Raum stellte. Wir sollten diese notwendige Debatte jetzt und in aller Ruhe führen – und nicht erst als Panikreaktion nach dem nächsten großen Anschlag. •••

Fabian Rohde *studiert an der Universität zu Köln den Masterstudiengang Politikwissenschaft.*

### Quellen und Links:

*Artikel von Ronald Schulze auf Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) vom 09. Juli 2012 „Zukunft des Verfassungsschutzes - kriminalpolizeilicher Staatsschutz der bessere Verfassungsschutz?“ 2012*

*Artikel von André Schulz auf BDK vom 08.07.2012: „Reform unumgänglich: Kriminalpolizei der bessere Verfassungsschutz?“*

*Urteil des BVerfG vom 28. Januar 1998*

*Protokoll der 10. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, Anhörung von Sachverständigen zur Sicherheitsarchitektur in Deutschland vom 29. März 2012*

## IMPRESSUM

### **ADLAS** Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der *ADLAS* erscheint dritteljährlich und ist zu beziehen über [www.adlas-magazin.de](http://www.adlas-magazin.de).

**Herausgeber:** Stefan Dölling

c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen  
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

**Redaktion:** Laura Brehme (lbr) (V.i.S.d.P.), Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw), Philipp Janssen (jap), Christian Kollrich (koll), Sebastian Nieke (sn), Moritz Rudolph (rud), Liviane Smukalla (liv), Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

**Layout:** haw

**Autoren:** Tim Jülicher, Hendrik W. Ohnesorge, Benedikt Roelen, Fabian Rohde, Michael Seibold, Dierk Spreen, Olaf Theiler

**Danke:** Dr. Udo Brömme

**Copyright:** © *ADLAS* Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder.

**DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen.

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter [www.sicherheitspolitik.de](http://www.sicherheitspolitik.de).

...

## ganz neue Methoden...



**ADLAS** – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.